

Wichtigere für die Bedeutung des Bieres und für höhere Belastung von Kasse und See gestimmt hat.

Berichterstattung der bürgerlichen Blätter über den sozialdemokratischen Parteitag. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wendet sich in ihrem Wochenrückblick gegen die ausführliche Berichterstattung der bürgerlichen Presse über den Parteitag, indem sie schreibt:

Bei einem kurzen Rückblick auf die Privatsitzung der Parteitag wählen wir zunächst der Wahrnehmung Ausdruck geben, daß die Blätter der bürgerlichen Parteien den Verhandlungen an der Spitze wiederum weit mehr Raum gewidmet haben, als es dem Wert der dort produzierten Gedanken und der Qualität der gehaltenen Reden entspricht. Doch dies ist nun einmal zur allgemeinen Gewohnheit geworden. Den einen mag der sozialdemokratische Parteitag als ein Vorgang von außerordentlicher politischer Wichtigkeit erscheinen; die anderen mögen in seinen Rundgebeten einen mehr oder minder interessanten Stoff für das bürgerliche Publikum erblicken. Auf alle Fälle darf diese eingehende Berichterstattung über die alljährliche Parteiversammlung der Sozialdemokraten als ein Gradmesser dafür betrachtet werden, wie ihr Einfluß auf die Öffentlichkeit im Laufe der Jahre gewachsen ist. Auch hierin scheint uns eine Mahnung an die bürgerlichen Parteien enthalten zu sein.

Das Blatt hat, wenn es glaubt, die bürgerlichen Blätter hätten dem sozialdemokratischen Parteitag einen zu großen Raum gewidmet. Mit wenigen Ausnahmen haben sie nur das aus den Verhandlungen wiedergegeben, was sie für ihre Zwecke gebrauchen, d. h. gegen die Sozialdemokratie auszuhebeln könnten. Es tritt aber zu der sozialdemokratischen Parteilinie haben im Laufe der Jahre einen steigenden Einfluß auf die Öffentlichkeit ausgeübt, der von Jahr zu Jahr wächst, denn schon werden, oft sogar monatlang, vorher sind die Stellen der gegnerischen Presse mit Betrachtungen über den kommenden Parteitag gefüllt.

Schad wartet auf seine Rehabilitierung. Wie und aus welchem Grunde er nicht, soll Herr Schad in Kreisen, die ihm beizustehen, in bestimmter Form abgelehnt haben, sein Parteimitgliedschaft niederlegen. Er begründet die Ablehnung damit, daß es vor dem Ausgange des gegen ihn anhängenden Verleumdungsprozesses seine vollständige Rehabilitierung in der Öffentlichkeit erwarte.

Die Nachricht ist so sonderbar, daß man ihr kaum Glauben beimessen kann. Nach alledem aber, was die Anwesenden und speziell die engeren Freunde Schads in den letzten Tagen geteilt haben, um die mit diesen getriebene Ehre ihres Schicksals wieder zu reparieren, und die unangenehme Sache zu vernichten, braucht man sich auch über das weitere Verhalten Schads und seiner Freunde nicht zu wundern.

Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Zwele scheidet aus seinem Amte. Er hat neuerdings einen weiteren Urlaub bewilligt erhalten, aus dem er nicht mehr in seine Stellung zurückkehren wird.

Die „Postische Zeitung“ bemerkt zu der Meldung: „Wenn auch die Teilnahme des Herrn Zwele in letzter Zeit manchen zu wünschen übrig ließ, so geht man doch nicht fehl in der Annahme, daß die letzte Neubestellung des Reichsjustizamtes die eigentliche Ursache des Abschiedes ist.“

Berliner Blätter vom Sonnabend Abend dementieren die Nachricht der „Postischen Zeitung“: die Meldung entbehre jeder Grundlage. Ebenfalls entbehre es nicht den Tatsachen, daß Unterstaatssekretär Zwele von neuem Urlaub bewilligt erhalten habe. Wichtig sei allein, daß der Unterstaatssekretär seit einigen Wochen krankheitshalber dem Dienst ferngeblieben sei. Nach seiner Genesung werde er jedoch seine Befähigung sofort wieder annehmen.

Keine Neueinteilung der Wahlkreise in Preußen? Gegenüber der Forderung nach einer Neueinteilung der Wahlkreise in Preußen weisen die „Berliner Politischen Nachrichten“ darauf hin, daß bei der preussischen Regierung keine derartige Absicht bestehe. Es liege sowohl der Wortlaut des Gesetzes in der vorjährigen Thronrede, als auch die Wahlkreise in Preußen, wie auch die Darlegungen der Regierung durch den damaligen Reichspräsidenten im Abgeordnetenhaus erkennen, daß eine Neueinteilung der Wahlkreise nicht im Rahmen der gesetzgeberischen Pläne der Staatsregierung liegt.

Die Koalitionseisenbahndirektion. Die Eisenbahndirektion Berlin hat eine Anzahl Güterbodenarbeiter entlassen, weil sie Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes sind. Die übrigen Arbeiter der Direktion werden hierdurch eine Verfügung, die in allen Dienststellen angehängt wurde, in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig vor den „ordnungsrechtlichen Bestrebungen“ des Verbandes gewarnt. Die Verhältnisse, die offenbar als abschreckendes Beispiel wirken soll, hat folgenden Wortlaut:

Wir haben einer Anzahl von Güterbodenarbeitern das Dienstverhältnis aufgekündigt, weil sie sich ihrer Zugehörigkeit zu dem Deutschen Transportarbeiterverband und dessen Reichsleitung der

Waffenbahn ergeben hat. Der Transportarbeiterverband verlor, wie bereits in unserer Bekanntmachung vom 8. Februar 1907 ausgebrochen ist, ordnungsrechtliche Bestrebungen und hat sich zum Ziel gesetzt, den Frieden zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern zu stören. Nach § 2 Abs. 3 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienststellen der preussisch-bessischen Staatseisenbahnverwaltung ist die Teilnahme an ordnungsrechtlichen Bestrebungen und Verleihen verboten. Wir vertrauen der Einsicht unserer sämtlichen im Arbeiterverhältnis stehenden Bediensteten, daß sie sich von dem Transportarbeiterverband und ähnlichen ordnungsrechtlichen Organisationen fernhalten, damit rote nicht zu weiteren Entlassungen gezwungen werden.

Agrarische Frauenausbeutung. Nach einer Reichsgerichtsentcheidung sind die Molkereigenossenschaften nicht als landwirtschaftliche Nebenbetriebe, sondern als gewerbliche Betriebe anzusehen, ebenso diejenigen Gütermolkereien, die neben ihrer eigentlichen Milch- und Butterherstellung auch die Verarbeitung von Milch zu Käse, Butter, etc. betreiben. Infolgedessen müssen die Molkereigenossenschaften, die im Besitz von Molkereien sind, die Bestimmungen über den Arbeitertariff einhalten, was ihnen durchaus nicht gefällt. Sie wollen den Arbeiterinnen eine selbständige Kasse nicht gewähren und wehren sich auch dagegen, daß sie in der Zeit von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens nicht beschäftigt werden dürfen.

Dieser Tage hat der Verbandstag landwirtschaftlicher Genossenschaften in Gryn eine Resolution angenommen, in der er wünscht, der Bundesrat möge für die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Molkereien usw. Ausnahmen zulassen und zwar die Beschäftigung der Arbeiterinnen nur für die Zeit von 9 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens verbieten, die ununterbrochene Ruhezeit auf acht Stunden festlegen und statt einer einständigen Arbeitsweise nur eine halbstündige zu lassen, wo eine zweistündige Arbeitszeit besteht. Ferner soll in den Molkereien am Sonntag den ganzen Tag gearbeitet werden dürfen. Jedoch soll immerhalb der Zeit von Sonnabend Abend 6 Uhr bis Montag früh 6 Uhr der Arbeiter nicht länger als 18 Stunden beschäftigt werden dürfen.

Das ist die „soziale Fürsorge“ der ostelbischen Junker. Verleumdung der Jugendorganisationen. Die Schloßherinnung in Kiel hat es sich zur Aufgabe gemacht, die sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu belumpfen. Sie glaubt, ihr Ziel damit zu erreichen, daß sie künftig die Bekämpfung in die Verleumdung aufnimmt, daß der Verleumdung ohne besondere Erlaubnis seines Vorstands seinem Verein beitreten darf. Geschieht es dennoch, so kann das Verleumdungsverhältnis sofort gelöst werden.

Ausland

Sam Generalstreik in Schweden meldet der „Vorwärts“: Die Verhandlungen zwischen dem Landessekretariat der Gewerkschaften und dem Vorstand des Schwedischen Arbeitgebervereins haben begonnen. Dargestellt sind Vertreter der verschiedenen Berufe, in deren Differenzen zu schließen sind. Eine Ausbeugung der Auslieferung beziehungsweise des Streiks erfolgt nicht eher, als eine Einigung zwischen den beiden Parteien erreicht sein wird. Diese Einigung hat indes noch große Schwierigkeiten zu überwinden, insbesondere als die kaiserliche Presse einseitig die liberalen Blätter alles tut, um die beiden streikenden Parteien noch mehr aufeinander zu bringen.

Das Ende des marokkanischen Präsidenten. Wie aus Algier vom 13. d. Mts. gemeldet wird, ist der Kogbi Duhamara am 12. d. M. in Gegenwart seines Harem erschossen worden.

Verhängnisvolles Morde. Wie aus Barcelona berichtet wird, werden die Ringe der Ringe von nächster Woche häufiger zusammenzutreten, um Revolutionäre abzurufen. Die Voruntersuchungen gegen zahlreiche Angeklagte sind bereits.

Ein neuer russisch-japanischer Krieg? Die „Nowoje Wremja“ meldet, es seien Nachrichten aus Japan eingelaufen, nach denen dort ein neuer Krieg mit Rußland das Tagesgespräch bildet. Japans Streitmacht werde andauernd erweitert und besonders das Seefliegerwesen ausgebaut. Während die größte Aufmerksamkeit der Armees zu erwecken werde, werde der Ausbau der Flotte vernachlässigt. Es seien bereits Duzende von Luftschiffen im Geheimen fertiggestellt. Es gehe in Tokio das Gerücht, der Krieg soll im Jahre 1910 zum Ausbruch kommen. Viele große japanische Firmen hätten bereits Wladimiroff verlassen.

Wieder eine Auslieferung an Rußland. Wir berichten feinerzeit von der in Genf erfolgten Verhaftung des Russen Viktor Wassiljew wegen Beteiligung an einem am 28. Januar 1908 in Norwischland (Kopstads) von Mitgliedern der russischen anarchistisch-kommunistischen Gruppe angeführten Bankraub. Die gegen das von der russischen Regierung geforderte Auslieferungsgesuchen von Wassiljew gerichtete Einsprache, daß der bereicherte Banküberfall ein politisches Verbrechen sei, ist vom Bundesgericht in

Yaulanne einstimmig genehmigt, in dem die Zustimmung des Bundesrat beschlossen worden.

Das „Richter Volksrecht“ bemerkt zu diesem neuesten Verdict der Schweiz gegenüber dem russischen Grenzverstoß: „Die russischen Grenzer können also wieder einen Unglücklichen aus den Händen unserer republikanischen Polizei in Empfang nehmen.“

Ein frecher Justizmord. Aus Agram meldet die „Frauifl.“ über den großserbischen Hochverratsprozeß: Der Staatsanwalt hat bekanntlich beantragt, daß fünf Angeklagte zum Tode durch den Strang, die anderen 47 Angeklagten zu Kerkerstrafen von 10 bis 20 Jahren verurteilt werden. Man nimmt in Agram allgemein an, daß Urteil werde vollkommen dem Antrage des Staatsanwalts gemäß ausfallen. Der Senat hat doch auch während die mehr als ein halbes Jahr während Verhandlung seit alles beschlossen, was der Staatsanwalt gewollt hat. Es habe in Agram Optimisten gegeben, die der Meinung waren, der Staatsanwalt werde nicht den Mut finden, eine solche ungeheuerliche Verurteilung zu beantragen ansechtlich des wahrhaft schrecklichen Ergebnisses des Beweisverfahrens. Während dreier Monate ließ der Staatsanwalt nicht weniger als 300 Zeugen aufmarschieren, meistens abhängige Personen, Gemeinbediente, vorbestrafte Individuen und Verschuldeten, denen eine direkte Verbindung mit der Staatsanwaltschaft oder der Regierung nachgewiesen wurde, also bezahlte agents provocateurs. Dorsachwägung und abenteuerliche Erklärungen, wie die, daß der König Peter, als er bereits König war, verkleidet in Bosnien für den Aufstand agitiert und 37 000 Gewehre beschafft habe, und ähnliche Schwärzereien bildeten den Gegenstand der Anklage! Es ist wohl kaum jemals in Europa ein ähnlich lächerlicher Prozeß geführt worden; ein Prozeß gegen ein paar Idealisten und ein paar harmlose großmütige Schwärzer, aber die man jetzt die fürchterlichsten Strafen verhängen wird.

Der Mikado verzichtet auf einen Teil seiner Privilegien. Die Privilegien des Mikado, die nach der japanischen Verfassung jährlich 8 Millionen Yen beträgt und seit dem Erlaß des Verfassungsgesetzes unverändert in dieser Höhe geblieben ist, soll, wie uns aus London berichtet wird, auf besonderen Wunsch des Mikado aus Sparfamkeitgründen im nächsten Staatshaushalt um 30-40 p. C. verringert werden. Während die Ausgaben aller anderen Hofposten ständig wachsen, will der Mikado dem japanischen Volk ein Beispiel von Einschränkung persönlicher Bedürfnisse geben.

Ein sentimentaler Herr, dieser Mikado. Von Wilhelm II. hat man berichtet noch nicht vernommen. Und die deutschen Finanzen sind entschieden zerstückelt, wie in Japan; aber vom Sparen und Einschränkungen hört man bei uns nichts aus den „oberen“ Kreisen. Allerdings sind auch die Japaner noch ein halbwildes Volk und wir ein hochkultiviertes; wir Deutschen hungern gerne, wenn es den „Heren“ nur wohlergeht. Fragt sich nur, wie lange noch.

Partei-Angelegenheiten.

Richard Calwer Austritt aus der Partei. Richard Calwer hat seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei erklärt. An der Nachricht ist nur überraschend, daß sie so spät kommt. Denn Calwer hatte sich in seinen Anschauungen schon längst in Widerspruch zu der Politik der Partei gesetzt. Insbesondere war es die proletarische Wirtschaftspolitik, die in Calwer einen heftigen Gegner fand. Er geriet dabei in eine sich steigende Verbissenheit, die dazu führte, daß er immer wieder über die Partei auf das heftigste herfiel und so der gefährlichste Kronzeuge der konservativen, liberalen und national-liberalen Schutzblätter wurde. Sein Auftreten für die herrschende Wirtschaftspolitik verführte ihn immer mehr dazu, alle wirtschaftlichen Ereignisse im rosigsten Lichte zu sehen, und er erschien viel öfter als Lobredner denn als Kritiker des Kapitalismus. Uebrigens stand er in seinen sozialdemokratischen Kreisen mit Schimpf fast allein in der Partei. Richard Calwer ist nicht mit der offenen und ehrlichen Begründung aus der Partei ausgetreten, daß seine Anschauungen andere geworden. Wie die Berliner Sensationspresse mitteilt, hat er es vorgezogen, das alte, nun schon so abgebrauchte, von ehrlichen Gegnern selbst als Unikum zurückgewiesene Märchen wieder vorzubringen, er sei ein Opfer der mangelnden Meinungsfreiheit. Statt still die Partei zu verlassen, an die ihn längst nichts mehr band, findet er es für geschmackvoll, sie in der bürgerlichen Presse zu bekämpfen, um nicht um den Schlußheft eines billigen „Marxismus“ zu kommen. Wie er sich seinerzeit noch als Parteilose nicht gescheut hat, innere Parteifragen in der Scherzhaften Presse, im „Tag“ zu besprechen, so teilt er jetzt der Unfeinpreffe, dem Zeitungs-Konfortium, das die fragwürdigsten Berliner Sensationsblätter herausgibt, mit, er trat aus, weil die Annahme des neuen Partiestatus eine nicht mehr erträgliche Bedrohung und Gefährdung der freien Meinungsäußerung sei. Im übrigen werden nach seiner Meinung die Mitgliedsrechte derart beschränkt, daß für ihn ein Verbleiben in der Partei unmöglich gemacht sei.

Da genügt wohl die nüchternen Feststellung, daß das Statut einstimmig angenommen wurde, eine Einstimmigkeit, die,

Der russische Zar.

Interdikt von Maxim Gorki.

... In Zarische Eile empfängt man zwar nicht sehr freundlich, dafür aber originell!
Kaum war ich angekommen — umringte mich ein Schwarm Bedienten und ihre Hände begannen sofort mit beharrlicher Bishbegier in die Taschen meiner Taschen zu wandern.
„Meine Herren!“ sagte ich ihnen liebenswürdig. — Ich wußte, wohin ich gehe und nahm nicht eine Koppele mit.
Doch sie schenkten meinen Worten nicht die geringste Aufmerksamkeit, fuhren fort, meine Taschen, Kleider, Haare zu befehlen, blüeten mir in den Mund und überall hin, wohin nur das menschliche Auge hingehen kann. Das Empfangszimmer, in welchem diese Untersuchung vor sich ging, war einfach, aber geschmackvoll eingerichtet: an jedem Fenster stand ein Maschinengewebe, mit der Wohnung nach der Straße, vor der Tür eine Speisekammer, an den Wänden befanden sich Ständer mit Bildern. Sie waren in reichem Schmuck; man sah, daß sich die Leute nicht nur mit einer Bekanntschaft, sondern auch mit einer lieben Sache beschäftigten. Ich drehte mich unter ihren Händen wie ein Ball. Endlich trat einer von ihnen drei Schritte zur Seite, wachte mich mit seinen Händen und kommandierte:
„Aussteigen!“
„Das heißt — wie?“ fragte ich.
„Aussteigen!“ erklärte er lechzend.
„Ich danke Ihnen! — Wenn Sie mich waschen wollen — das wäre überflüssig, ich habe hier ein Bad genommen.“
„Meine Herren!“ sagte er, mit seinem Revolver auf meinen Kopf gehend.
„Was hat wunderbare seine Genossen nicht im geringen, im Gegenteil — sie fürchten sich auf mich und in einem Moment haben sie mir die Kleider vom Leibe gerissen, wie die Schale von einer Krabbe. Ihre Kommandanten mühten sich diese sorgfältig meinen Körper, und nachdem ich endlich alle Überzeugt hatte, daß ich keine Bombe bei mir hatte und daß ich über einen Kopf verfügte, der sich zum Schwingen vorwärts schwingen lassen ließe mir:
„Aussteigen!“
„Dort ist noch anzuwenden?“
„Nicht nötig!“
„Aber erlauben Sie ...“

„Kein Überlegen! Marsch!“
Zwei von ihnen nahmen, ihre Säbel ziehend, zu beiden Seiten von mir Aufstellung, der dritte ging hinterher, indem er seinen Revolver in der Höhe meines Nackens hielt. So schritten wir schweigend durch die Säle des Schlosses.
In jedem von ihnen standen und saßen bis an die Zähne bewaffnete Leute. Der Aufzug, in dem ich daherkam, war ihnen offenbar schon ein gewohnter Anblick; — nur einer fragte meine Schritte, indem er sich lächeln den Mund ablenkte:
„Rechtigen oder hängen?“
„Ein Journalist!“ antworteten sie ihm.
„Aha ... also — hängen!“ entgegnete er.
Man führte mich in ein großes Zimmer, das keine Fenster und nur eine Tür hatte, die, durch welche ich hineinging. An der Decke brannte eine matte Lampe, die ein gleichmäßiges trübes Licht im Zimmer verbreitete. Unter der Lampe stand eine kleine Kamore; außerhalb befand sich nichts im Zimmer. Diese bescheidene Einrichtung an Stelle des Prunkes, den ich erwartet hatte, gefiel mir gar nicht. In ihr lag etwas Tröstliches, und meine Seele wurde von bösen Vorahnungen befreit.
„Sie haben hier nichts zu betrachten!“ bemerkte einer aus meiner Eskorte, der mit dem Revolver.
„Ich sehe ...“ antwortete ich.
„Sie haben mich nun an die Kamore, meinen Bauch an der Mündung, nur die Hände liegen sie frei. Getauf verband einer von ihnen die Schürze einer eisenernen Leinwand mit dem Verschluß der Kamore, trat sie zur Wand vor mir und legte das Ende mit dem Knopf auf die Erde. Seine Genossen betasteten die Erde, die mich mit der Mündung verbanden.
„Hände hoch!“ kommandierten sie.
„Ich hob die Hände hoch. Alle drei gingen an mir vorbei und betrachteten. Die Tür hinter mir knarrte leise. Jemand war ja gar nicht.“
„Hörig!“
Es wurde still. Ich fühlte, wie sich mir die Haare auf dem Kopf sträubten. Der Knopf der Kamore, der sich an meinen Bauch heftete, umschloß mich im ganzen Körper eine Kugel, die mich zittern machte. Die nackten Hände schauten von drei Seiten hinter mich her. Ich dachte:
„Sollte das wirklich mein letztes Interdikt sein?“
Und bei diesen Gedanken wurde mir trübselig zu Mute ... Ich wollte die Hände fallen lassen und die Kamore freilegen, wie man Hände freilegt. In diesem Augenblick ertönte vor mir wieder dem Krach ein schallendes Geräusch — als ob je-

mand tief aufgesetzt hätte, mit einem Geufzer der Ermattung. Eines von den Quadraten des Bodens verschwand plötzlich, in der Öffnung wurde eine kleine Hand sichtbar und erfaßte schnell den elektrischen Knopf. Gleich darauf sprang vor mir unter der Decke, wie ein Pfropfen aus einer Flasche der russische Zar selbst heraus, mit allen seinen Titeln und ganz in Eisen. Vor diesem unerwarteten Anblick ertönte ich und meine Hände sanken herab.
„Hände hoch!“ ertönte die aufgeregte Stimme des Zaren. Ich sah, wie sein Finger bereit war, auf den Knopf der Leitung zu drücken, und meine Hände flogen zur Decke, gleich den Flügeln einer Windmühle unter dem Druck des Sturmes.
„So ist's recht!“ sagte der Zar, und auf seinem Gesicht war so etwas wie ein Lächeln zu sehen. — „Wenn die Hände eines Untertanen neben den Taschen erblicken, kommt es uns immer vor, als wolle er auf uns eine Bombe werfen, sogar dann, wenn er beabsichtigt, uns einen Knudel zu geben.“
„Gute Majestät!“ — sagte ich — „ich habe keine Taschen bei mir.“
„Ja, ja! Wir sehen es!“ antwortete er, „aber halten Sie trotzdem die Hände hoch ... die Menschen sind erfindertisch geworden und böse ...“
„O ja, Guter Majestät!“ stimmte ich aufrichtig bei ...
„Diese kleinen Vorsichtsmaßregeln, die zum Schutze unseres Lebens getroffen wurden, führen Sie doch nicht allzusehr?“ fragte er.
„Nein! Ich bitte, beunruhigen Sie sich nicht ... Ich bin daran gewöhnt ...“ antwortete ich, ohne meine Blide vor meinem Finger, der auf dem Knopf lag, zu wenden. Die geringste Bewegung eines Gliedes — und aus der Mündung der Kamore ergäben sich vielleicht dreihundert Karätschen in meinen Leib. Wenn man jeden Moment eine solche Bewirtung erwarten kann — wie man unwillkürlich höflich.
„Wie Sie sehen — uns selbst ist es nicht sehr bequem, aber unsere Pflicht vor Gott gebietet uns zu leiden!“ sagte er, traurig den Kopf schüttelnd.
Er stellte vom Kopf bis Fuß in einem Panzer, einem Ritter aus dem Mittelalter ähnlich, und sah, wie alle Herrscher der Völker in unseren Tagen, auf einem Thron aus Bajonetten. Sein Kostüm war aber viel zu schwer und der Thron schien nicht dauerhaft zu sein. Bei unvorsichtigen Bewegungen des Zaren gerieten die Bajonette ins Schwanken, drohten auseinander zu fallen, und er balancierte ungeschickt auf ihnen.
(Fortsetzung folgt.)

Wenn die Vergewaltigung...
sollte wäre, sicher nicht vorhanden gewesen wäre. Aber diese
Dumngelation der Partei vor der bürgerlichen Welt sagt nur, daß
Galkows Kuxtritt das einzige war, was er für die Partei noch
leisten konnte.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. September.

*** Beschädigte Tabakarbeiter, die nicht
unterstützt werden.** Der Polizeipräsident macht bekannt,
daß von den im Tabakgewerbe beschäftigt gewesenen Haus-
gewerbetreibenden und Arbeitern, die durch die neue Tabak-
steuer geschädigt wurden, nicht unterstützungsberichtig ist:

1. wer aus einem der im § 123 der Gewerbeordnung be-
zeichneten Gründe entlassen wurde;
2. wer aus einem anderen als den im § 124 der Gewerbe-
ordnung bezeichneten Gründen die Arbeit verläßt oder
aufläßt, obwohl er einen Wochenlohn von
wenigstens drei Vierteln des im Durch-
schnitt des Vorjahres bezogenen Wo-
chenlohnes verdient oder obwohl im Falle einer
mit bereits bestehenden Unterstützung die letztere zusammen
mit dem jeweils verdienten Wochenlohn wenigstens drei
Viertel des im Durchschnitt des Vorjahres verdienten
Wochenlohnes gleichkommt;
3. wer eine ihm auf seinen Unterstützungsantrag angebotene
geeignete Beschäftigung an anderer Art oder an
anderer Arbeitsstelle ohne zureichenden Grund ablehnt.
Als zureichender Grund für die Ablehnung gilt die für die
Erhaltung der Arbeit etwa erforderliche Ueberbedeutung des
Antragstellers und seiner Familie nicht, wenn die durch
die Ueberbedeutung entstehenden Kosten vergütet werden;
dagegen ist der Besitz eines eigenen Hauses oder eines
selbstbetrieblichen Grundstücks am bisherigen Beschäfti-
gungsort als ausreichender Grund anzusehen;
4. wer nachweislich verabsäumt, sich um die Erlan-
gung einer an seinem Wohnort oder in dessen Nähe ge-
botenen geeigneten Arbeit, auch einer solchen außer-
halb des Tabakgewerbes, zu bewerben, sofern
er von der bestehenden Arbeitslosigkeit nachweislich
erhalten hat und für die Arbeit ein Wochen-
lohn gefordert wird, der wenigstens drei
Viertel des im Durchschnitt des Vorjahres im
Tabakgewerbe verdienten Wochenlohnes gleichkommt;
5. wer einen Minderverdienst erleidet, ohne daß in dem
Vertrage, in dem er beschäftigt ist, eine
Vertrags einschränkung eingetreten ist;
6. wer aus einem Betriebe entlassen wird, in dem zur Zeit
der Entlassung mehr Arbeiter beschäftigt
sind, als im Durchschnitt des Vorjahres.

Mit anderen Worten gesagt: Die Tabakarbeiter haben
so gut wie überhaupt kein Recht auf Entschädigung für den
Schaden, der ihnen zugefügt wurde. Nur die Junker haben
Anspruch auf Lebenspensen!

*** Die nächste Sitzung der Stadtverordneten** findet
Donnerstag, den 23. September, Nachmittags 4 Uhr, statt. Die
Tagesordnung betrifft meist nur geschäftliche Angelegenheiten,
einige Grundstücksankäufe (unter anderem sollen in Esel Ländere-
ren, sowie Morgenauer Miesen und das Haus Welzgerbergasse
Nr. 24 angekauft werden), die Auslösung von vier Mit-
gliedern und Stellvertretern der Einkommensteuer-Veranlagungs-
kommission, und ähnliches. Eine Vorlage von allgemeinerem
Interesse ist die Nr. 887, die die Neuerteilung der Stadtver-
ordneten-Wahlbezirke der zweiten Abteilung betrifft. Weil in
den Wahlbezirken der zweiten Abteilung seit zehn Jahren
allerlei Veränderungen eingetreten sind, weil einige Wahlbezirke
bisher aus 8801 Wählern bestehenden Abteilung drei und vier-
mal so groß geworden sind wie andere, hat der Magistrat die
bisherigen 17 Wahlbezirke zu 9 neuen zusammengelegt. Künftig
sollen die 9 neuen Wahlbezirke, die bisher zwischen 210 und 859
Wähler aufwiesen, durchschnittlich je 963 Wähler enthalten. —
Bei der Beratung dieser Vorlage, die bereits vom Regierungs-
präsidenten genehmigt worden ist, wird zweifellos auch daran
erinnert werden, daß auch in der dritten Wählerklasse „wesent-
liche Veränderungen“ eingetreten sind. Die konservativ-Klerikalen
werden sich wohl die Gelegenheit nicht entgehen lassen, auch auf
eine Teilung der ersten Klasse zu bringen.

*** Zur Lohnbewegung in den Breslauer Bier-
verlagsgeschäften.** Die beteiligten Arbeiter, Kutscher,
Mitsfahrer, Kellerarbeiter und Arbeiterinnen zc. hielten am
Sonntag Vormittag in den „Union“-Festhallen eine Versamm-
lung ab, die sich mit den stattgehabten Verhandlungen vom
Freitag beschäftigte. Die Versammlung legte ihre Entschlüsse
folgender Resolution nieder:

„Die am Sonntag, den 19. September, in den Union-Festhallen
zahlreich versammelten Kutscher, Kellerarbeiter und Arbeiterinnen
der Breslauer Bierverlagsgeschäfte erklären sich mit den von den
Arbeitgebern gemachten Zugeständnissen in der Frage des Urlaubs, der
Entlassung bei Arbeitsmangel (nach dem Grundsatze des Brauerer-
tariffs) und der Pausen einverstanden. Sine qua non erklärte die
Versammlung, daß sie von ihren beschriebenen Lohnforderungen nicht
abgehen wollen, und beauftragte die gewählte Kommission, nur
unter dieser Voraussetzung einen neuen Tarif auf drei Jahre ab-
zuschließen.“

Andernfalls soll mit den zur Verfügung stehenden
Mitteln (Streik und Boykott) ein annehmbarer Tarif zu-
stände gebracht werden.

*** Innungs-Ausschuß.** In der außerordentlichen Vollver-
sammlung, die am Freitag in Paskies Restauration abgehalten
wurde, sprach der Syndikatsassistent der Breslauer Handwerkskammer,
Referendar Schindler, über das Gesetz „Die Sicherung der Bau-
forderungen“.

Am 1. Juni cr. ist nach langwierigen Beratungen das Gesetz,
das die Bauhandwerker vor Schäden schützen soll, zustande gekommen.
Es zerfällt in zwei Abteilungen, in die „Allgemeinen Sicherungs-
maßregeln“, die bereits in Kraft getreten sind, und in die „dingliche
Sicherung der Bauforderungen“. Dieser zweite Teil gilt nur in den
vormals landesherrlichen Verordnungen bestimmten Gemeinden, von denen
Erlaubnis die Handwerkskammer zu hören hat. Diese Verordnungen
sind bisher noch in keiner Gemeinde ergangen. Am wichtigsten
in den allgemeinen Bestimmungen ist § 1. Der Empfänger von Bau-
geld ist verpflichtet, das Baugeld, das er vom Bauherrn erhält, ausschließ-
lich zur Befriedigung solcher Personen zu verwenden, die an der Herstellung
des Baues auf Grund eines Werk-, Dienst- oder Lieferungs-
vertrages beteiligt sind. Eine weitere Bestimmung hält zur Führung
eines Baubuches an, welches alle Angaben über den Bau, die
an demselben beschäftigten Personen und die finanziellen Verhältnisse
enthalten muß. Diese Vorschriften gelten für Bauten aller Art,
Knechtsteden und Umbauten. Nur für den Bauleiter eines Ne-
baues gilt die dritte Vorschrift, die Anfertigung eines Auftrages,
aus welchem sich der Name und Wohnort des Bau-
herrn bzw. des Bauunternehmers ergeben. Uebertretungen der
Vorschriften sind mit Strafen bedroht.

Der zweite Teil des Gesetzes bezweckt den dinglichen und
unmittelbaren Schutz der Bauhandwerker gegen Bauherrn. Es
müssen nämlich „Bauschaffensakten“ errichtet werden. Das
Bauschaffensamt besteht aus einem Vorsitzenden, einem
Stellvertreter und mindestens vier Beisitzern, von denen
mindestens die Hälfte aus Bauhandwerkern bestehen soll.
Das Schaffensamt hat Einfluss auf die Festsetzung des Wertes der
Baukosten und der voraussichtlichen Kosten des Baues. Wie mit
dem Bau begonnen werden kann, wird auf Antrag der Baupolizei-
behörde von Amts wegen ein sogenannter Bauvermerk auf
dem Grundbuchblatt des zu bebauenden Grundstücks ein-
getragen. Der Bauvermerk wird auf Grund der Bauhandwerker,
an denen gehören, Handwerker, Materiallieferanten, Arbeiter usw. Zu
bemerkten ist hierbei, daß die Arbeiter vor allen Forderungen des
Bauherrn haben. Die Bauhandwerker erwerben den Anspruch, für ihre
Vorzugszahlung eine Hypothek einzutragen zu erhalten.

Der Bauvermerk hat also die Bedeutung, daß vor Tilgung der
Bauschulden Hypotheken auf dem Grundstück nicht eingetragen werden
dürfen. Die Eintragung des Bauvermerks unterbleibt indessen, wenn
in Höhe des dritten Teils der voraussichtlich entstehenden Kosten des
Baues vor Festsetz des Baues Sicherheit geleistet wird. Hinter-
legung von Wertpapieren zc., die Höhe der Baukosten bestimmt das
Bauschaffensamt.

Die Eintragung der Bauhandwerker ist von der Eintragung des
Bauvermerks oder der zu leistenden Sicherheit abhängig. Aber selbst
nach Eintragung des Bauvermerks kann die Eintragung erst erfolgen,
wenn festgestellt ist, daß der Bauplatz drei Viertel des Wertes nicht
übersteigt. Ist die Baustelle mit mehr als drei Viertel belastet, so
muß die Differenz sichergestellt sein. Man nennt diese Sicherheit
Differenzkaution. Der Wert der Baustelle wird vom Bauschaffens-
amt, wie schon erwähnt, festgestellt. Wie steht es mit den Hand-
werkern und Arbeitern, die nicht unmittelbar im Vertragsverhältnis
zum Bauherrn stehen? Es kommt oft vor, daß die Arbeiter einem
Unternehmer in Entreprise übergeben werden. Diese erteilt die Ar-
beiten an einzelne Bauhandwerker, sog. Nachhändler. Nicht selten
werden Handwerker und Arbeiter durch dieses System stark benach-
teiligt. Nach dem neuen Gesetz sind diese Nachhändler so gut Bau-
handwerker wie der Hauptunternehmer selbst. Fremdweltliche Urteile
über voraussichtliche Wirkungen liegen sich, wie der Referent be-
merkte, vorläufig nicht fällen, man könne nur Hoffnungen auf die
Wirkung legen. Es kommt darauf an, wie die Bauschaffens-
ämter funktionieren werden und wie der Gang der Geschäfte sich
überhaupt gestalten wird. Kammerpräsident Dr. Paetsch vertrat
die Meinung, die Bauherren werden den Bauvermerk der Sicherheit
vorschieben. Am wichtigsten werde die Bemessung der Baukosten sein,
durch die luxuriöse Einrichtung eines Gebäudes könnten die Bau-
kosten über den festgesetzten Satz hinausgehen, das Bauschaffensamt
müßte diesem Umfang Rechnung tragen und danach die Kosten fest-
stellen, eventuell müßte außer dem Drittel noch eine weitergehende
Sicherheit gefordert werden. Ein anderer Redner fürchtete, die Sache
würde sich zu schleppenden Gängen haben, die Bauten könnten zu
lange hinausgezögert werden, und die Handwerker hätten Nachteile.
In Breslau sind vielleicht 800 bis 1000 Bauten. Wie lange hätte
da das Bauschaffensamt zu tun. Auch noch andere Bedenken wurden
laut. Die Versammlung sprach die Hoffnung aus, daß der zweite
Teil des Gesetzes, die dingliche Sicherung der Bauforderungen, bald
in Kraft gesetzt werden möchte. — Die Aussprache über die Besel-
enungen erfolgte in nichtöffentlicher Sitzung.

Wir haben hier nur berichtet, was über das Gesetz zur Sie-
cherung der Bauforderungen im Innungsausschuß besprochen wurde.
Wir behalten uns vor, dieses Gesetz auf seine Wirkung für die Bau-
arbeiter besonders zu besprechen.

*** Denkmal für White vom Walde.** In einer am Sonn-
abend abgehaltenen Komiteesitzung sind die Anlagen am Waisentisch
als Platz für das zu errichtende Denkmal des Dichters in Aussicht
genommen worden. Es soll auf einem der künstlichen Hügel mit
der Troni nach der Michaelskirche zu stehen kommen.

*** Achtung, Bauhilfsarbeiter!** Dienstag, den 21. d. M.,
Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal des Ge-
werkschaftshauses, Marsartenstraße 17. Auf der Tagesordnung
steht die Frage der Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband zu
einem deutschen Bauarbeiter-Verband. Referent ist Kollege Wend-
Danzig.

*** Selbständige Barbier und Friseur Breslaus!**
Dienstag, den 21. September Abends 9 1/2 Uhr, findet eine öffentliche
Versammlung aller Selbständigen des Barbier- und Friseurgewerbes
im Glasalon des „Pariser Gartens“, Wendenstraße statt. Tages-
ordnung: 1. Ist es möglich den 8 Uhr-Abendzuschuß fürs Friseur-
gewerbe ohne Schaden einzuführen? Referent: Herr Stadtver-
ordneter Neukirch. Anschließend Diskussion. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen wird eruchtet.
Der Vorstand der Vereinigung selbständiger Barbier und Friseur

*** Gesperrt wird wegen Umpflasterung die östliche Hälfte des
Wachplatzes sowie die Fischerstraße zwischen Kl. Goldstraße und
Mittelgasse in der Zeit vom 20. September bis 6. November d. J.
für Fuhrwerk und Reiter. — Wegen Neupflasterung wird die
Vincenzstraße zwischen dem Grundstück Nr. 43 und der Elbingstraße
einschließlich deren Kreuzung in der Zeit vom 20. September bis
25. Oktober d. J. für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.**

*** Breslauer Schauspielhaus.** Heute Montag wird Her-
bergers Operette „Der Opernball“, und morgen Dienstag
das Drama „Der Strom“ von Halbe gegeben. Mittwoch geht
nach längerer Pause Müllers „Vaterstudent“ in Szene.

*** Im Victoria-Theater** ist seit Mitte des Monats ein
Teil der Spezialitäten durch gleichwertige, wenn nicht noch bessere
Kräfte abgelöst worden. S. Sifers Lore, ein englisches
Gesangs- und Tanz-Terzett, 4 komische Akrobaten mit
ihrem Bummel-Bummel-Act, Dentaros Akrobaten-
Waffen und das allerletzte Marionetten-Theater
der Geschwister Petram sorgen neben den im Spielplan verbliebenen
Kräften, von denen namentlich die magische Puppi-
Truppe am sechssten Lustred nach wie vor die größte
Senfaktion erregt, für angenehme Abwechslung. Den Vogel
schießen Robert Keschmann und Grete Gallus mit
ihrem durchschlagenden Couplet „Wenn der Frühling
kommt“ ab. Mit lebhaftem Beifall wird nicht nur diese
Glanzleistung, sondern auch die der übrigen Mitwirkenden
geehrt. Am 1. Oktober tritt Programmwechsel ein, und der be-
kannnte Kölner Komiker Laubert mit seinem Ensemble hält
seinen Einzug.

*** Tollkühnen gegeben** haben am Sonntag, den 12. Sep-
tember, der achtjährige Paul und der fünfjährige Bruno Lorenz,
Lischpinerstraße 34 wohnhaft, in Westpark. Das Unheil folgte reich
auf dem Fuße. In der Nacht von Sonntag auf Montag be-
kamen die beiden Kinder Lobsichts anfälle, in denen sie un-
gereimtes Zeug phantasierten, mit den Händen und Füßen um sich
schlugen und vor Schmerzen schreien. Ein sofort herbeigerufener
Arzt ordnete die Ueberführung der beiden Kranken in das Aller-
heiligen-Hospital an. Dort befanden sich die beiden noch heute. Es
ist glücklicherweise den Hospitalärzten gelungen, das Schlimmste von
den Kindern abzuwenden, so daß sie dem Leben erhalten bleiben
werden. Wenn sie aber als geheilt werden entlassen werden können,
läßt sich im gegenwärtigen Augenblicke noch nicht sagen.

*** Gerlangene Kinder.** Am Sonnabend, den 18. d. M.,
sind in der Mittagsstunde von der Weltkurstraße zwei Knaben, der
vierjährige Sohn Heinrich des Schmiedes Peter, G. Horn-
straße 37 wohnhaft, und der dreijährige Knabe namens Richard
des Schneiders D. a. s., in demselben Hause wohnhaft, verschunden.
Der erstere war bekleidet mit schwarzem Sweater und dunkelblauer
Hose, der andere mit blauer Hose, blau und weißer Schürze, blau-
gestreifter Hose, gelbgeringelten Strümpfen und gelben Schuhen.

*** Gewandte wurden:** Ein Portemonnaie mit Inhalt, eine
Nadeln, eine Wollströmpe, eine gelbene Brille mit Holz-
gräbchen, ein Armband, ein mobelartiger Seemannsbergel, ein
Damenhut, ein Damen- und ein Herrenkleid, ein Damen-
umhang, ein Sandalschuh mit Inhalt, ein Damenschuh und
ein Paar Eisenklammschlüssel auf den Namen Demann.

Aus Schlesien und Polen.

Saarau, 18. September. Nationalliberaler
Mitgliederversammlung. Nachdem erst vor kurzen von den Frei-
mütigen in öffentlichen Versammlungen hier und in der Um-
gebung verurteilt wurde, die Wähler für die nächste Reichstags-
wahl mobil zu machen, erscheint jetzt aus die nationalliberale
Partei für den Wahlkreis Schweidnitz-Striegau, um zu versichern,
daß nur sie es ist, welche den versahrenen Staatsparten aus dem
Dreieck herausbringen kann. In einer Versammlung im Gasthof
„Zur Hütte“ sprach nach der Eröffnung mit dem obigen
Kaiserhof ein Parteiführer Walter-Berlin über die po-
litische Lage seit Sprengung des Blocks“. Mit den Konter-
partien und dem Zentrum wurde scharf abgerechnet. Auch bekam
die Sozialdemokratie einige Seitenhiebe, welche von Genossen
Grütkner in der Diskussion zurückgewiesen wurden. Nach-
dem noch der freimütige Rechtsanwalt Keller aus Schweidnitz
und Pastor Meßen-Comradswaldau versuchten, eine Spali-
tung der beiden Parteien zu verhindern, kam Genosse Grütk-
ner noch einmal zum Wort, der den Liberalen die Hoffnung
nahm, daß sie die Sozialdemokraten aus der Stichwahl ver-
drängen würden. Auch beleuchtete Genosse Grütkner den an-
gebliebenen „Fortschritt“ der Liberalen Sache. Wenn von den
Meistern der Fabrikten die Arbeiter indirekt zur Mitgliedschaft ge-
zungen werden, dann sind die Nationalliberalen um diese so
gewonnenen Mitglieder nicht zu beneiden.

Da nun von allen Seiten Agitation getrieben wird und
uns nicht die Mittel der anderen Parteien zur Verfügung stehen,
müssen wir um so intensiver in der Kleinarbeit sein.

Posen, 20. September. Staatsgefährliche Fahnen-
wegen Ausschmückung eines Hauses mit der weltweiten Fähnen-
während einer Prozession wurde der polnische Abgeordnete
Chrzano wski zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. — Die
Fahnen und mit ihnen ihr neues Aussehen Dr. Kutsch
in Breslau können also beruhigt sein.

Neueste Nachrichten.

Die Berliner Postarbeiter regen sich.

Berlin, 20. September. (S. L. B.) Zwischen der Ober-
postdirektion Berlin und den Mitgliedern des Arbeiterausschusses
der Post- und Telegraphen-Handwerker und Arbeiter sind ernste
Differenzen ausgebrochen. In einer sehr zahlreich besuchten Ver-
sammlung der Post- und Telegraphen-Handwerker und Arbeiter,
die gestern in den Andreaskäfen stattfand, wurde darüber geklagt,
daß die Postverwaltung ihren Arbeitern das Koalitionsrecht
streitig machen wolle. Nach lebhafter Debatte wurde eine Reso-
lution angenommen, in welcher die Versammlung ihr tiefes
Bedauern über die Haltung der Oberpostdirektion Berlin gegen-
über dem Arbeiterausschuß ausdrückt und hofft, daß nun der
Unterstaatssekretär des Reichspostamtes zu Gunsten der Hand-
werker und Arbeiter eingreifen wird.

Es ist erreicht!

Strasburg, 20. September. (S. L. B.) Ein Herr Baile aus
Strasburg hat ein System eines neuen Luftkreuzers zu Kriegszeiten
erfunden. Dieser Ballon soll die Fähigkeit haben, 25 Personen zu
tragen und gegen einen Wind von 25 Stunden-Meter fahren zu
können. Das Luftschiff soll bis zu einer Höhe von 4000 Metern
steigen können.

R. III im rheinischen Industriegebiet.

Düsseldorf, 20. September. (S. L. B.) Die Fahrt des
R. III ins Industriegebiet war eine sehr schwierige.
Besonders in der Gegend von Ebn hatte das Luftschiff
gegen starken Wind anzukämpfen. Angehts des fortwährenden un-
günstigen Wetters ist es sehr fraglich, ob die Weiterfahrt heute fort-
gesetzt wird. Die Bedienungsmannschaft wurde jedoch auf heute früh
7 Uhr zum Landungsplatz befehligt.

Vom Trioleabgeordneten.

Eisenach, 20. September. (S. L. B.) Eine deutsch-soziale
Vertrauensmänner-Versammlung beschloß, dem Reichstagsabgeord-
neten Schad anbeizugeben, sich nach seiner Beförderung in Eisenach
mit dem deutsch-sozialen Parteivorstande über die Frage auf die Ver-
zichtleistung seines Mandates zu entscheiden.

Berlin, 20. September. (S. L. B.) Gestern früh wurde die
wohnunglose Olga Bywood, die sich mit mehreren Kindern herum-
getrieben hatte, von diesen angegriffen und lebensgefährlich verletzt.
Die Täter sind ermittelt.

Dänkirchen, 20. September. (S. L. B.) In der Massen-
vergiftung in dem Dorfe Voltinge, wo nahezu die gesamte Einwoh-
schaft durch den Genuß von Fleisch erkrankte, wird noch gemeldet,
daß bereits vier Personen nach qualvollen Leiden gestorben sind. Der
Zustand vieler Kranken ist noch sehr ernst.

Wasserstandsberichte der Oder.

Wasser- stand am 1. d. M.	Wasser- stand am 2. d. M.	Wasser- stand am 3. d. M.	Wasser- stand am 4. d. M.	Wasser- stand am 5. d. M.	Wasser- stand am 6. d. M.	Wasser- stand am 7. d. M.	Wasser- stand am 8. d. M.	Wasser- stand am 9. d. M.	Wasser- stand am 10. d. M.	Wasser- stand am 11. d. M.	Wasser- stand am 12. d. M.	Wasser- stand am 13. d. M.	Wasser- stand am 14. d. M.	Wasser- stand am 15. d. M.	Wasser- stand am 16. d. M.	Wasser- stand am 17. d. M.	Wasser- stand am 18. d. M.	Wasser- stand am 19. d. M.	Wasser- stand am 20. d. M.	
20. 9.	10,88	10,82	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81	10,81
19. 9.	10,80	10,78	10,76	10,74	10,72	10,70	10,68	10,66	10,64	10,62	10,60	10,58	10,56	10,54	10,52	10,50	10,48	10,46	10,44	10,42
Mittel	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68	11,68

*) Auswertungshöhe: f. Rottweil 8,50; f. Dreßden (Oder) Höhe Rheineck 8,25.

Versammlungen und Vereine.

Arbeiter, Sekretariat Breslau.

Kilowattstraße 18/19.

Sprechst. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5 1/2—7 1/2 Uhr (außer Sonn-
und Feiertagen).

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 20. September:

Sofortbesitzer. Bezirksversammlung. Zimmer 2.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Vortragsab-
end von 7—9 Uhr im Zimmer 7.

Dienstag, den 21. September:

Bauarbeiter. Versammlung. Großer Saal.

Mittwoch, den 22. September:

Arbeiter-Redaktion. Abends 8 Uhr: Mitgliederversam-
mlung im Zimmer 1.

Freitag, den 24. September:

Bedienungs-Verband. Abends 7 1/2 Uhr: Versammlung im
Zimmer 2. Tagesordnung: „Die Antwort der Fabrikanten auf
unser Forderungen.“

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Reinhardt.

Land-Distrikt 5. Bezirksrat. Drieters. Kettner.
dorf. Kleinburg. Mittwoch, den 23. September, Abends 8 Uhr,
bei Kretsch in Drieters: Mitgliederversammlung. Tagesordnung:
Bericht über die Arbeit des Bezirksrats und die Verhandlungen
der Landverbände. Programme vom Sommerfest sind abzugeben.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schickel. — Redaktions- und Geschäftsstelle: Post-
fach 111. — Druck von C. G. G. — Druck von C. G. G. — Druck von C. G. G. — Druck von C. G. G.

Dienstag, den 21. September 1909.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Leipzig, den 18. September 1909.

6. Verhandlungstag.

Schluss-Sitzung.

Vors. Stager eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Er begrüßt noch einen ausländischen Gast, den Genossen Sigwald Olsen aus Kopenhagen.

Von der englischen und ukrainischen Sozialdemokratie sind Begrüßungstelegramme eingegangen. Aus Witten ist die Mitteilung von einem bedeutenden Sieg der freien Gewerkschaften eingetroffen. (Bravo!)

Genosse Bindemann-Stuttgart teilt dem Parteitag mit, daß er die Erklärung betr. der Württemberger Angelegenheit vor ihrer Abgabe nicht gesehen habe und daß er derselben in dieser Form seine Zustimmung nicht gegeben hätte.

Der Parteitag nimmt den

Bericht der Beschwerdekommision

entgegen.

Berichterstatter Rudolph-Frankfurt a. M.: Genosse Richard Hocher beklagt sich darüber, daß der Zutritt zu den Verhandlungen nur gegen Eintrittsgeld gestattet ist. Die Beschwerdekommision hat sich für unzulässig erklärt.

Der Parteitag beschließt Uebergang zur Tagesordnung. Rudolph (fortfahrend): Emil Schröder-Verslin IV bittet um Wiederaufnahme. Die Kreisorganisation empfiehlt jetzt den schon mehrfach abgelehnten Wiederaufnahmeantrag.

Der Parteitag beschließt die Wiederaufnahme. Rudolph: Aus einer vertraulichen Parteiversammlung hat der Schriftführer D. Müller in Stuttgart einen Bericht an ein bürgerliches Blatt gegen Bezahlung gelesen. Es hieß in der nächsten Parteiverammlung schärfer kritisiert werden, arbeitete sich Müller nicht, sondern: „achte hinter einer Säule Hütchen“. Er wurde dabei beobachtet und erhielt vom Schiedsgericht eine Mütze, die Kontroll-Kommision und die Beschwerdekommision schlossen ihn aus.

Silberbrand-Stuttgart beantragt Wiederherstellung des Schiedsgerichtsurteils. Er verliest den von Müller verfaßten Bericht, der ganz kurz und rein objektiv ist, auch nichts Vertrauliches enthält. Es sei nicht wahr, daß Müller sich in der zweiten Versammlung verflucht und Vorwürfe gemacht habe. Er habe seinen Fehler eingesehen und versprochen, sich in Zukunft besser zu verhalten. Die „Tagewacht“ habe in denunziatorischer Form die Mütze gegen Müller veröffentlicht. Der Ausschlußantrag sei nur das Produkt der Geschäftigkeit infolge des Streites um die Budgetbewilligung.

Kaden-Dresden: Müller hat nicht bereut, sondern erklärt, er wolle sich weiter durch Vierung von Notizen an die bürgerliche Presse verdienen. Er verdient keine Mütze. (Beifall.)

Silberbrand-Stuttgart: Müller wurde noch vor dem Schiedsgericht in beschimpfender Weise aus einer Parteiversammlung ausgeschlossen. In der Erörterung darüber hat er törichte Worte geredet, die er nachher zurückgenommen und bedauert hat. Müller ist kein Friedensstörer, kein Radaubruder, sondern ein Mann, der schon für die Partei gearbeitet, als seine Anklage noch gar nichts von einer Sozialdemokratie wußte.

Braun-Königsberg: Die Treulosigkeit und Gewissenlosigkeit Müllers geht daraus hervor, daß er sich nicht zu der Mütze bekennt hat. Jahre hindurch hat er schon für bürgerliche Blätter gearbeitet und sich schon früher Mützen angezogen. Wir müssen also auf den Ausschluß beharren.

Wanerer-München: Der Ausschluß bedeutet den Verlust aller Ehrenrechte. Jeder möchte die bürgerlichen Ehrenrechte verlieren als so wegen einer gar nicht vorhandenen Schädigung der Partei ausgeschlossen werden. Wenn man schon jetzt so hart ist, bin ich auf die Anwendung der Bestimmungen des neuen Statuts neugierig. Seien wir menschlich, nicht fanatisch!

Nach einem Schlusswort des Berichterstatters wird Müller mit harter Mehrheit ausgeschlossen.

Den Genossen Klayz-Eberfeld hat die Beschwerdekommision wegen Verbreitung von Verleumdungen ausgeschlossen. Der Parteitag stimmt zu.

Den Gastwirt Heinrich Mehe-Silbesheim und den Kassensbeamten Vogel-Berlin V hat die Kommission nicht ausgeschlossen. Delegierte von Silbesheim und Berlin V beantragen den Ausschluß wegen Nichtbeteiligung an der Landtagswahl.

Mauerer-München: Ich möchte wissen, warum in diesen Fällen so außergewöhnliche Mißdeutung beobachtet worden ist.

Der Berichterstatter der Kommission Rudolph entgegnet, daß kein formeller Grund zum Ausschluß nach dem alten Statut bürgerlich hätte.

Der Parteitag tritt den Anträgen der Kommission bei. Eine Beschwerde des Genossen Eichler wird, weil ausschließlich die Berliner Lokalintelligenz zuständig seien, zurückgewiesen.

Die Beschwerde von Abber-Bankow gegen seinen Ausschluß aus der Partei hat die Kontrollkommission einstimmig zurückgewiesen. Der Parteitag tritt dem Beschluß bei, nachdem Wessels-Berlin formale Mängel des Beschlusses gegen Abber gerügt hat.

Gottschalk-Ansbach war durch Schiedsgerichtsurteil ausgeschlossen, weil er die Schiedsgerichtsbarkeit und die Landtagsabgeordneten Rollwagen sich benommen hat. Die Beschwerdekommission beantragt, den Ausschluß aufzugeben, weil die Erfolgslosigkeit nicht erwiesen sei, und Gottschalk nur zur Unfähigkeit zur Befreiung von Parteimitgliedschaft zu verurteilen.

Eine Beschwerde des Freidenkervereins Darmstadt-München gegen einen Anti-Freidenkerartikel in der Parteipresse wird zurückgewiesen, weil nur die örtlichen Pressekommisionen zuständig seien.

Damit sind die Beschwerden erledigt. Es folgt die Beratung von Anträgen.

Kagenstein-Berlin begründet einen Antrag auf Förderung der Kinderbeschulungskommisionen.

Manches sei schon geschehen, aber an allen Orten müßten diese Kommissionen gegründet und mit Eifer und heiligem Eifer zur Verfolgung der Kinderarbeit angestrengt werden. Wenn dadurch weniger Temperament für die inneren Parteifreistigkeiten übrig bleibe, so sei das auch nicht zu bedauern. (Weiterer Beifall.)

Genossin Sehmanna-Dresden schildert die vorbildliche Arbeit der Dresdener Kinderbeschulungskommision.

Luise Bieg-Berlin tritt namens des Parteivorstandes für den Antrag ein. Auch die Genossen sollten die Tätigkeit der Kinderbeschulungskommisionen mit aller Kraft unterstützen. Wir vom Parteivorstand sind bereit, der Parteipresse und den Parteioffizieren jede zweckdienliche Auskunft zu geben. Je fleißiger die Genossen überall daran arbeiten, durch Kinderbeschulungskommisionen die Kinder vor körperlichen, geistlichen und seelischen Gefahren zu bewahren, ihre Sitlichkeit und Gesundheit zu fördern, umso mehr Material werden wir dafür bekommen, daß das Kinderbeschulungsgesetz nutzlos ist und dringend des Ausbaus bedarf. (Beifall.)

Satzmann-Necklinghausen weist auf die Engstirnigkeit der konfessionellen Kinderheime hin. Die Gemeinde habe die Pflicht, für gefährdete Kinder zu sorgen.

Die Resolution Kagenstein betr. Kinderbeschulungskommisionen wird mit großer Mehrheit angenommen.

Eine weitere Resolution Kagenstein fordert den Austritt der Parteigenossen aus den bürgerlichen Abstinenzvereinen. Sie mahnt ferner die abstinenz Parteilosen zum Beitritt zum Arbeiter-Abstinenzbund.

Begründend weist Kagenstein darauf hin, daß die an sich wohl verdienstvollen Güteplenden durchaus bürgerlich und ordnungsparteilich gerichtet sind. Der Arbeiter-Abstinenzbund schließt sich ein mit der klassenbewußten Arbeiterschaft. Er umfasse alle Richtungen in der Partei von Veus bis Konrad Haenrich. (Weiterer Beifall.)

Wenn alle Parteigenossen dem Arbeiter-Abstinenzbunde angeschlossen, würde auch in der Partei viel mehr Frieden herrschen. In Desterreich sei man in der Bekämpfung des Alkoholismus der deutschen Sozialdemokratie weit voraus. Dort arbeiteten Adler, Beer, Abelheid Popp usw. am Abstinenzorgan mit. Hoffentlich werde die Arbeiterabstinenzbewegung nun auch in Deutschland rasche Fortschritte machen. (Beifall.)

Lipinski-Leipzig und Würm-Berlin unterstützen die Pflicht der Parteigenossen, bürgerlichen Abstinenzvereinen nicht anzugehören. Das sei schon in Offen beschlossen worden. Dagegen sei es unendlich eine Verpflichtung von Parteitag wegen auszusprechen, daß der Beitritt zum Arbeiterabstinenzbund erfolgen solle. Dann kämen mit denselben Rechte die Turner, Sängler, Schwimmer, Radfahrer usw. und forderten auch eine Parteitag-Resolution für sich. Eine solche Vereinspielerei gefährde aber direkt die politische Arbeiterorganisation und die politische Aufklärung der Arbeiter. Sie beantragen daher, den zweiten Satz des Antrages Kagensteins zu streichen.

Kagenstein entgegnet, daß die Arbeiterabstinenz fast reiflos politisch organisiert seien.

Reckermann-Frankenthal bittet den Parteitag, sich nicht über den Essener Beschluß hinauszugeben. Die pflanzlichen Weinbauern seien als Produzenten an der Alkoholfrage interessiert und wir hätten keinen Grund, diese Proletarier von uns abzulösen. Dagegen dankten sie dem Parteitag für den Schnapshotel. (Weiterer Beifall.)

Sie hätten auch eine Preisliste guter und billiger Weine der Pfalz mitgeschickt. (Weiterer Beifall.)

Der zweite Satz des Antrages Kagenstein wird mit großer Mehrheit gestrichen, der erste Satz einstimmig angenommen.

Thiele-Halle begründet eine Protestresolution gegen die Orenel der spanischen Reaktion,

die zugleich den tapferen spanischen Freiheitskämpfern die volle Sympathie des deutschen Proletariats ausdrückt.

Die Resolution wird einstimmig unter lebhaften Beifall fundgebungen angenommen.

Ein Antrag Dresden, Kommissionen zur Schließung der auf dem Arbeitsverhältnis erwachsenen Streitigkeiten in Parteibetrieben einzusetzen, wird von Herzog-Hamburg, Pfannkuch-Berlin und Genossen-Pöhl belächelt und abgelehnt, weil eine einseitige Parteikommision fortwährend herumreisen müßte und auch ohnedies für die Angestellten der Parteibetriebe nach Kräften gesorgt werde.

Ein Antrag Ebing, ein Adressenverzeichnis der Parteioffiziere und Sekretariate in beschränkter Anzahl herauszugeben und den Kreisvorständen zur Verfügung zu stellen, wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Abbe-Breslau begründet einen Antrag, daß die Parteigenossen zum

Austritt aus der Landeskirche

anfällig werden sollten. Er betonte, daß nur die Genossen gemeint seien, die innerlich schon mit der Kirche gebrochen hätten. Für dieses Vorgehen seien vor allem politische Motive maßgebend.

Genossin-Pöhl beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Der Antrag sei nur eine S-fälligkeit für das Zentrum und hätte nicht verdient, unterzogen zu werden. (Sehr wahr!)

Adolf Hoffmann-Berlin: Nicht gegen die P-fktion, sondern gegen die Kirche richtet sich unser Antrag. Die Kirche zu werden heute politisch ausgenutzt gegen das Proletariat. Namentlich das Zentrum mißbraucht die katholische Kirche zur Aufrechterhaltung der politischen Macht. Jahr für Jahr wachsen die Aufwendungen des Staates aus allgemeinen Steuermitteln für die Kirche. Wer ernsthaft schon jetzt dafür arbeiten will, daß die Religion Privatsache werde, der muß diese reaktionäre Staatskirche bekämpfen. Darum heraus aus der Landeskirche! (Zellweiser Beifall.)

Krupsch-Dormmund und Schamp-Essen treten Adolf Hoffmann scharf entgegen. Es wäre eine Freivolität sondergleichen, wollte man der gerade jetzt sehr erfolgreichen Agitation gegen das Zentrum solche Knittel zwischen die Beine werfen.

Der Antrag Abbe wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Dr. Gottschalk-Ansbach bittet, neben dem Parteivorstand auch einen Bericht der Bildungsausschüsse und anderer Hilfsorganisationen herauszugeben.

Der Antrag wird einer Anregung von Heinrich Schulz-Berlin folgend, dem Bildungsausschuß überwiesen, ebenso ein Antrag auf Einberufung einer gemeinsamen Konferenz vom Parteivorstand und Generalkommission zur besseren Regelung und Ordnung des Bibliothekswesens.

Ein Antrag, die Reden von Bauer, Robert Schmidt und Luise Bieg als Broschüre herauszugeben, wird dem Parteivorstand zur Veranschaulichung überwiesen.

Es folgt der Antrag Dittmann-Sollingen, der lautet:

„Der Parteitag erklärt, daß durch die nachträglich veranlagte Ablehnung des zunächst angenommenen gemeinsamen Antrages, der der Liberalismus als Verräter brandmarkt und jedes Zusammengehen mit ihm verbietet, in seiner Weise eine Abschwächung der Resolution des Dresdener Parteitag über die Taktik der Partei erfolgt ist.“

Zur Begegnung führt Dittmann aus: Das eigenartige Schicksal, das der Antrag erfahren hat, gab Veranlassung zu unserem Antrag. Der Antrag 41 machte auf die

Sünden des Liberalismus

aufmerksam und schloß dann: „Angesichts alles dessen muß die Zustimmung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter mit dieser Seite Liberaler zusammenzugehen, wie eine blutige Verhöhnung der Partei erscheinen. Die Arbeiterschaft hat Mittel und Wege genug, ihre Ziele aus eigener Kraft zu erreichen.“ Der Antrag enthielt also neben der Zurückweisung der Bestrebungen einiger Parteigenossen eine indirekte Festlegung der Partei gegen jedes faktische Zusammengehen mit dem Liberalismus. Die nachträgliche Ablehnung dieser Festlegung ist von der bürgerlichen Presse in einer Weise frustriert worden, daß sie von dem Parteitag ungewollt dezavouiert werden muß.

Der Beschluß wird gefeiert als ein Sieg des Revisionismus über den Radikalismus, als das Ergebnis einer stillen aber gründlichen Wandlung der Sozialdemokratie, als das wichtigste politische Ereignis der Gegenwart, als die Verlesung der intrinsigsten Taktik, als eine Rechtfertigung der Haltung der Liberalen usw. Diese Darstellung der Sache ist durchaus falsch. (Sehr wahr!)

Die Genossen, die die zweite Abstimmung veranlassen, haben nicht im entferntesten damit einen Frontwechsel in der grundsätzlichen und taktischen Haltung der Partei herbeiführen wollen. (Frankl, David und Südekum rufen: Sehr wahr!)

Worauf es ihnen einzig und allein ankam, war die absolute taktische Festlegung gegen den Liberalismus aufzuheben. Diese Absicht fand die Unterstützung der Mehrheit auch der sogenannten Radikalen. Diese rein taktische Frage ist überhaupt

von einigen Millimeter Tiefe. — Merkwürdig, in diesem Sommer werden die sonderbarsten Entdeckungen gemacht.

Breslauer Schauspielhaus.

„Der Opernhall“.

Operette von Richard Seuberger.

Das überaus lustige Werk, das ganz gut ein musikalisches Lustspiel genannt werden könnte, ging am Sonnabend in fast durchweg neuer Besetzung in Szene. Nur Fräulein Boltz hatte die Rolle der „Angele“ von der vorigen Saison beibehalten und verkörperte sie gesanglich und schauspielerisch in der gleichen gewöhnlichen Weise. Stimmlage nicht gerade hervorragend ist Fräulein Jenni als „Marguerite“, aber im Dialog ist sie ganz befriedigend und verfügt auch über eine imposante Figur. Fräulein Wagner als Kammerzofe sang ebenfalls mäßig und spielte gar zu begärrt. Eine sich ungeduldiger gebende Pflanzigkeit würde hier weit größere Wirkung erzielen; wir sind durch das große Fräulein Dorf früher sehr verzaubert worden. Von den neu engagierten Herren gefiel Herr v. Sartzhausen durch seine satirische Erscheinung und einen gut gebildeten, klaren Tenor; im Dialog bemerkte man gar zu sehr den Humor, auch scheint dieser Künstler mit der Musik des Hauses noch nicht recht vertraut zu sein. Ein Gegenüber, Herr Sargl, übertrug seinen Vorgänger „ohne“ wesentlich an drastischem Spiel und Beweglichkeit, scheint jedoch ein Minus an Stimme zu haben. Die ganze Art seines Auftretens und seines Organs erinnert an das Barocke und würde sich vielleicht in einer spezifisch wienischen Operette weniger unvorstellbar ausgenommen haben, als in diesem Pariser Milieu. Immerhin ist auch Herr Sargl als eine akzeptable Akquisition zu betrachten. Fräulein Fritschardt, die den Kadetten — eine überaus heisse Partie — nicht über spielte und sang, müßte man in einer anderen Rolle noch sehen, um ein abschließendes Urteil zu haben. Die alten Debutanten waren bei Frau Siefert und Herrn Benz gut aufgehoben; namentlich der letztgenannte ergab mit dieser großen Figur starke Wirkung, wenn er auch seine sehr drolligen Vorgänger nicht erreichte. Einen recht schmerzlichen Eindruck machte Fräulein Christensen in der kleinen Rolle der Chansonette, obwohl sie ein hübsches Zeugnis ihrer eigenen nennt. Sehr lustig war der Keller des Herrn Laprotz. Die Ausstattung sowie eine hübsche Langenstraße zu Beginn des zweiten Aktes konnte befriedigen. Das Orchester spielte recht aufdringlich; viel mehr Zurückhaltung in der Begleitung der Gesangsstimmen würde der ungemein melodischen und bornheim instrumentierten Operette sehr zu staten kommen. Das ziemlich gut besetzte Haus war in äußerst anhaltender Stimmung und spendete lebhaften Beifall.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Das teure Radium. Vor kurzer Zeit haben Lord Javag und Sir Ernest Rutherford den bisher größten Aufbruch auf Radium erzielt. Es handelte sich um die Befüllung von 7/8 Gramms, die als Geschenk für das Radiuminstitut in London, eine Gründung dieser beiden Männer, bestimmt sind. Als Kaufpreis sind etwa 830.000 Mark, also 83.600 Mk. für ein Gramm, festgesetzt worden. Vorher betrug, wie der „Prometheus“ schreibt, die größte verkaufte Radiummenge nur ein Gramm. Sie wurde von der britisch Metallgesellschaft Mines Company geliefert, die das Radium aus der bei Cornwall gefundenen Pechblende herstellt. Der neue, bei weitem größere Aufbruch ist an die unter der Leitung von Sir William Ramsay stehende britische Radium Corporation, Limited, vergeben worden, die die Pechblende von Trenwit in Cornwall verarbeitet. — Wie Ramsay selbst mitteilt, soll es möglich sein, nach dem von ihm verbesserten Verfahren aus ungefähr 1000 Kilogramm hochwertiger aufbereiteter Pechblenderze etwa 100 Milligramm Radiumbromid zu gewinnen. Aus diesen Zahlen kann man berechnen, daß zur Erzeugung der bestellten 7/8 Gramms etwa 36.000 Kilogramm Erze verarbeitet werden müssen.

Diebesficheres Fensterglas. Wir lesen in der Borsheimer Blätterzeitung: Für Laborgeschäftszwecke, insbesondere aber für Juweliere und Uhrmacher, ist es von ganz besonderem Interesse, daß es jetzt ein Glas gibt, welches angeblich diebesficher ist. Der amerikanische Konsul in Reims, William Dardel, hat darüber nach Hause berichtet. Nach seiner Angabe wird dieses Glas in St. Gobain (Frankreich) fabriziert, und der Fabrikant hat dem Konsul darüber folgende Mitteilungen gemacht: „Eine ganz besonders feine angefertigte Veranbarung eines Juwelierlabors in Marseille gab die Veranlassung zu Versuchen, die daraus hervorkamen, unter extrahierten, poliertes Fensterglas so auszubilden, daß es eine größere Sicherheit gegen Diebstahl gewähren sollte. Gewöhnliches Glas, wie es zu Schaufenstern verwendet wird, wurde mit einem Holzhammer, der mit Metall besetzt war, durch einen einzigen Schlag zertrümmert, während Schläge von derselben Kraft, die auf unser Glas „dalle polie“ geföhrt wurden, ohne jedes Resultat blieben. Darauf wurde ein großes Stück Glasfenster mit aller Kraft gegen das Fensterglas geschleudert, was wohlger Folge hatte, daß in der Platte ein kleines, mehrere Zentimeter messendes Loch entstand, ein weiterer Schaden aber auch nicht eingetreten wurde. Auf dieselbe Weise wurden dann mehrere Schläge aus einem Hammer abgesetzt, den man mit Stahlspitzen geladen hatte; hierdurch wurde die Scheibe nicht zertrümmert, die Angeln drangen nicht ein, und durch das Glas hindurch, sondern sie hinterließen nur Einrückungen.“

von einigen Millimeter Tiefe. — Merkwürdig, in diesem Sommer werden die sonderbarsten Entdeckungen gemacht.

Aus aller Welt.

Rekorde Orville Wrights. Orville Wright unternahm Sonnabend mit dem Motorluftschiff Engelhardt einen Flug von 1 Stunde 35 Min. 47/8 Sek. Dauer. Er stellte damit einen neuen Weltrekord für den Flug mit einem Passagier auf. — Am Nachmittage verlor er bei seinem letzten Berliner Flug einen neuen Angriff auf den von Farman gehaltenen Dauerrekord. Beim ersten Ausflieg sah er sich schon nach einigen Minuten zum Landen genötigt, da sich eine Verbindungsstange am Führerstuhl gelockert hatte. Beim zweiten Ausflieg verlor er 1 Stunde 45 Min. 35 Sek. in den Lüften, mußte dann jedoch aus Mangel an Kraft Wasser niedergehen, so daß der Dauerrekord von ihm nicht gebrochen wurde. Nach Beendigung des Fluges verabschiedete sich das außerordentlich zahlreich erschienene Publikum in stürmischen Rundgebungen von Wright.

Eine Patronille im Kampf ertrunken. Zwei Mann vom Regiment Gardehufkorps gerieten auf einem Nachtpatrouillenritt in der Neumark in einen Sumpf. Sie versanken mit ihren Pferden und konnten nur als Leichen herausgehoben werden. Der dritte zur Patronille gehörige Gardehufkorpsmann noch, als er die beiden Kameraden befreiten sah, sein Pferd geriet reifen und sich retten.

Das Diebesdrama in Salerno. Aber das mit kürzlich berichteten, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Wie erinnert, stieg ein Herr und seine Begleiter, die sich als Dr. med. Winter und Frau aus Köln in das Fremdenbuch eintragen hatten, von einem 200 Meter hohen Felsen ins Meer. Wie aus dem Bericht zu ersehen ist, handelt es sich um den Kapitän Joch und seine Frau aus Wandsbeck. Doch hatte Wechselstellungen begangen und war nach Italien geflüchtet.

Hundert Personen sind Seesnot gerettet. Durch die Rettungsaktion der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger sind während des letzten Jahres, wie aus dem letzten Jahresbericht der Gesellschaft hervorgeht, 100 Personen aus Seesnot gerettet worden und zwar 83 durch Rettungsboote und 17 durch Rettungsapparate. Die Gesamtzahl der seit Begründung der Gesellschaft durch ihre Einrichtungen geretteten Personen ist damit auf 3496 gestiegen. Von diesen wurden 2273 in 524 Strandungsstellen durch Boote und 523 in 39 Strandungsstellen durch Rettungsapparate

Die Schöpfung, sei es der Revisionisten, sei es der Radikalen. Gerade wegen der tatsächlichen Festlegung haben selbst eine große Anzahl der Berliner Delegierten dem Antrag 41 gar nicht unterfertigt. Seit Jahren stehen wir alle auf dem Standpunkt, daß eine solche Festlegung in tatsächlichen Fragen einfach ein Unfinn wäre. (Lebhafter Beifall.) In Essen haben wir 7 Anträge, die das fordern, der Rede nach abgelehnt, Revisionisten und Radikale, mit Vebel an der Spitze.

Auf dem diesjährigen Parteitag ist die Frage gar nicht diskutiert worden, sonst hätte sich herausgestellt, daß wir alle ohne jedes Hinter sich hier auf dem gleichen Standpunkte stehen. Nach Genossenschaftslehre in der "Neuen Zeit" hat gemeint, daß in dieser Beziehung der Antrag Berlin 1 aber das Ziel hinausschießt. Man soll sich in politischen Dingen überhaupt nicht für die Zukunft festlegen, weil man sie nicht übersehen kann. Soweit der Berliner Antrag mit Rücksicht unterfertigt worden ist, geschah es nur, um die Diskussion zu verhindern, gerade jetzt ein engeres Zusammengehen mit den Liberalen einzuleiten. Die Ablehnung des Antrages entspricht unserer alten Tradition und bedeutet

Keine Veränderung unserer Stellung gegenüber den völkerrätlichen Parteien und dem Liberalismus besonders.

Um das noch zu bekräftigen, wollen wir noch einmal auf die Dresdener Resolution verweisen, die die revisionistischen Bestrebungen des Entgegenkommens an die bürgerliche Gesellschaft und die bürgerlichen Parteien entschieden zurückweist. Das soll in der gegenwärtigen Situation noch einmal unterstrichen werden, und denen das Konzept verlesen, die von einer Schwächung der Partei reden. Damit biegen wir von vornherein allen Auslegungskünsten die Spitze ab und können aber neue Verträge der Art mit Arbeitgebern hinweggehen. Zeigen Sie, daß die Partei bereit ist, den bisherigen Zustand aufrecht zu erhalten und nicht um Haarsbreite von der Dresdener Resolution abweicht. (Lebhafter Beifall.)

Unser-München: Wir dürfen die Diskussion des Parteitages nicht bestimmen lassen durch die bürgerliche Presse. (Sehr wahr!) Wir halten es heute auch nicht mehr an der Zeit, über den Wert der Dresdener Resolution und die Ausführungen des Vorredners eingehend zu diskutieren. Ich erkläre im Auftrage vieler Delegierter daher nur folgendes: Die Ablehnung der Resolution ist unferneits aus denselben Gründen erfolgt, wie seitens der überwiegenden Mehrheit der Parteigenossen, nämlich um jede Festlegung unserer künftigen Wahltaktik abzulehnen. Der Antrag Dittmann erscheint uns daher ganz überflüssig, da durch die Ablehnung des Antrages 41 die Dresdener Resolution überhaupt nicht berührt wird. Wir weisen daher auch den Stimmen der bürgerlichen Presse keinerlei Bedeutung bei, die eine Anzahl Parteigenossen und Parteiführer in Erregung versetzt haben. Angesichts der politischen Lage halten wir es aber für das Richtige, daß die hier dokumentierte Einigkeit der Partei nicht durch eine getrennte Abstimmung über eine vor so vielen Jahren gefasste Resolution getrübt wird. Wir werden daher für den Antrag Dittmann stimmen, zumal er keinerlei maßgebende Bindung bedeutet. (Beifall.)

Die Resolution Dittmann wird einstimmig angenommen. Es folgen die Anträge, die sich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages beziehen.

Jabell-Berlin begründet den Antrag, die Genossenschaftsfrage zu verhandeln mit dem Hinweis auf Schweden und die vielfach noch grassierende Dividendenjäger.

Rosenstein-Berlin wünscht die Behandlung der Genossenschaftsfrage, um gegen die von der Mehrheit der Genossenschaftler nicht gebilligte Zentralitätsbestimmung der Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu protestieren.

Ritter-Berlin meint, daß die Parteigenossen an den Konsumvereinen eine jahrelange Vernachlässigung gutzumachen hätten.

Geiger-Leipzig begründet den Antrag, die Steuerpolitik der Sozialdemokratie auf dem nächsten Parteitag eingehend zu behandeln.

Beide Anträge werden dem Parteivorstand dringend zur Berücksichtigung empfohlen.

Hollender-Leipzig beantragt, auf dem nächsten Parteitag die Budgetbewilligung in den Gemeinden zu erörtern und erinnert an die Streitigkeiten, die darüber in Leipzig und Dresden entstanden sind.

Nach einer längeren Debatte über die Bewilligung des Leipziger Polizeirechts, an der sich Vipsinski-Leipzig, Richter-Dresden und Hollender-Leipzig beteiligten, wird auch dieser Antrag dem Parteivorstande überwiesen.

Als Ort des nächsten Parteitages wird Magdeburg bestimmt.

Vom Parteidelegierten Friedrich Lehner in London ist noch ein herzliches Begrüßungsschreiben eingegangen. (Bravo!)

Die Wahlen zum Parteivorstand

haben folgendes Ergebnis: Vebel 326 Stimmen, Singer 317, Geßlich 325, Wollenbush 322, Ebert 319, Müller 311, Pfannkuch 306, Genossen Jitz 327 Stimmen. Der bisherige Vorstand ist also wiedergewählt. Von den Berlinern sind als Prüfer gewählt: Wengels und Liebmann.

In die Kontrollkommission sind wieder gewählt: Raden, Vogt, Brühne, Ernst, Könen, Clara Jeklin, Braun und Zimm.

Vorsitzender Singer: Wir haben am Ende unserer Arbeiten. Ich danke zunächst den Leipziger Genossen von Herzen für die freundliche Aufnahme. Die Hoffnungen, die unsere

Genossen auf den Leipziger Parteitag gesetzt haben, sind tatsächlich aufgegeben worden. (Lebhafter Beifall.) Die bürgerliche Presse werden wir allerdings niemals zufriedensstellen, sie muß uns ja bekämpfen und tut das vielfach in einer Weise, die mit der Wahrheit und dem Nutzen in keinem Widerspruch steht. (Lebhafter Beifall.) Aber namens des Parteitages muß ich feststellen, daß die Hoffnungen der Genossen auf eine Verspottung an der letzten Herbsttagung der Parteigenossen von der Notwendigkeit einer einheitlichen Aktion aller Arbeiter

für immer scheitern werden.

(Starker Beifall.) Wir haben diesmal dem Gegner nicht die Freude getan, uns selbst zu zerschneiden. Aber wir haben stets in lebhafter Debatte wahr, ehrlich, klar und blühend ausgesprochen, was jeder für Wahrheit hielt. Wir geben jedem Temperament Raum und legen uns öffentlich vor aller Welt ohne jede Scheu die Wahrheit. Wird einmal ein Redner zu schief, so muß das auf Rechnung seines Temperaments und nicht auf die der Partei kommen. Wir fühlen den kräftigen Pulsschlag der Partei in dem lebhaften Gang unserer Debatten. (Sehr wahr!)

Mit großer Befriedigung sehen wir auf die arbeitsreiche Woche zurück. Wir haben aufs neue die internationale Solidarität bekräftigt und aufs neue unsere Überzeugungen kundgetan, daß der Fortschritt der Arbeiterklasse eines Landes dem aller anderen Länder zugute kommt. Wir haben wichtige Beschlüsse gefaßt, wir haben in dem neuen Organisationsplan alle Kräfte des Proletariats neu zusammengefaßt, wir haben zur Weisheit unserer unverbrüchlichen Willen kundgetan, den Gedanken dieses Festes nicht ertönen zu lassen, sondern ihn immer kräftiger in das Volk zu tragen. Nur so sollen die neuen Vereinbarungen verstanden und ausgelegt werden. Wir haben in der Frage der Reichsversicherungsordnung den Grund gelegt zu einer mächtigen Agitation im Lande und zu neuen Verhandlungen der Sachverständigen. Wir haben die volksverräterischen und volksausraubenden Beschlüsse der Reichsfinanzreform geächtet und werden weiterhin dem Volke klar machen, weshalb

schändliche Niedertracht an ihm verübt ist.

(Sehr wahr!) Die nächsten allgemeinen Wahlen müssen ein vernünftiges Urteil über die Reaktion im deutschen Reiche aussprechen. Wir müssen von nun an noch schärfer agitieren und organisieren, und unsere Presse immer weiter verbreiten, die farblosen und gequirlischen Mütter aus den Arbeiterwohnungen verbannen. Die sächsischen Genossen stehen vor neuen Wahlen unter einem infamen, niederrichtigen Wahlsiegel, das sich der preussischen Treilassenschmach an die Seite stellt. Wir müssen mit Anwendung aller Mittel und mit der größten Energie für das gleiche Recht des Volkes demonstrieren. Wir müssen vorwärts führen eingebend des Wortes unseres vergesslichen Wilhelm Liebknecht: Jammer in der Offenbar, niemals in der Denselheit! (Stürmischer Beifall.) Gehen unserem alten Gebrauch rufen wir, wofür wir leben und wofür wir kämpfen: Hoch die deutsche Sozialdemokratie!

Die Delegierten stimmen begeistert in das Hoch ein und nehmen die Arbeitermarzialläufe an.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen. Schluß 1 1/2 Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. September.

Geschichtskalender.

1792 Der Schriftsteller Udermann, Goethes literarischer Gehilfe. (1823-1832).

1860 Der Philosoph Schopenhauer t.

Königlich preussische Säbelhiebe.

Bei dem Musterungsgeschäft im Lokale von Kopj u. Gürtel in Grabischen kam es am 27. März dieses Jahres zu einem Mißverständnis. Am Kopfe durch Säbelhiebe arg zugerichtet, kam der Arbeiter Friedrich Döfler gegen Mittag in Behandlung zahlreicher anderer Gehellungspflichtiger auf unsere Redaktion, nachdem ihm vorher seine Wunden bereits im Allerheiligen-Hospital verbunden worden waren. Uebereinstimmend berichteten die Leute, daß Döfler durch einen Gendarmen ohne

erschlichen Grund gefaßt, zu Boden gestossen und nachträglich mit dem scharfen Säbel traktiert worden sei. Die Geschichte klingt ungeschmeichlich, der über und über mit Leinwandbinden umhüllte Kopf und das stellenweise hindurchdringende Blut ließen aber keinen Zweifel darüber zu, daß Döfler wirklich arg verwundet worden war. Trotz der sieben Zeugen hielten wir indes noch eine persönliche Untersuchung des Falles für erforderlich. Ein Mitglied unserer Redaktion ging deshalb sofort mit mehreren der Leute nach dem Musterungsort, um mit dem Zivilvorstandenden der Musterungskommission Rücksprache zu nehmen. Dieser war indes nicht mehr anwesend, vielmehr befanden sich in dem Lokale nur noch einige Unteroffiziere und Gendarmen. Als unser Kollege nun sein Anliegen vorbrachte, hat der Gendarm Wabbaum aus Kobornitz vor, schlug sich gegen die Brust und erklärte: "Natürlich, das bin ich gewesen", und dann selbstbewußt seinen Schenkel schwenkend: "Zu was habe ich denn das Ding; ich werde mich doch nicht zwischen die Zähne quetschen lassen." Gleichzeitig versicherte er noch, daß Döfler dem Straftraktat überantwortet werden würde. Das ist später auch geschehen, und Döfler wurde wegen angebrach verübten Widerstandes und wegen einer nachträglichen Beleidigung, die dem Gendarm hinterbracht worden war, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ein anderer Gestellungs-pflichtiger, der ihm nach dem Zeugnis des Gendarmen Beihilfe geleistet haben sollte, erhielt zwei Wochen Gefängnis zuzüglich. Unbegreiflicherweise haben sich die Verurteilten dabei beruhigt.

Der Vorfall bei der Musterung wurde in unserem Blatte unter der Ueberschrift: "Wie man unserer Jugend Liebe zum Militarismus einimpft" einer Kritik unterzogen. Der Gendarm schloß sich dadurch beleidigt, weshalb sich am Sonnabend Genosse Schiller, als verantwortlicher Redakteur unseres Blattes, vor der Strafkammer zu verantworten hatte. Der Verlegte hatte sich, wie die Verhandlung ergab, auf die Aufforderung des Gendarmen nicht rasch genug wieder aus dem Lokale entfernt. Dieser hatte ihn deshalb gefaßt, um ihn zur Ehre hinaus zu befördern. Nach der Angabe des Gendarmen war Döfler dabei "hingefallen", seiner eigenen Angabe nach aber vom Gendarm hingestoßen worden. Einen kleinen Irrtum wies unser Artikel insofern auf, als der Gendarm nicht schon dem am Boden Liegenden den ersten Säbelhieb versetzt hatte, sondern erst, nachdem dieser sich bereits erhoben und zur Tür hinausgedrängt worden war. Dem Gendarm war es nämlich nun so erschienen, als wolle Döfler sich erst noch gegen ihn wenden. Besonders bedrohlich hatte er sich aber auch noch deshalb gefühlt, weil unglücklicherweise ein anderer Gestellungs-pflichtiger, derselbe, der wegen "Beihilfe" zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden war, zu gleicher Zeit das Lokale verlassen wollte, wodurch der Gendarm zwischen die Türflügel geraten war.

Der Staatsanwalt beantragte 200 Mark Geldstrafe. Der Wahrheitsbeweis sei dem Angeklagten nicht gelückt. Auf den Gendarm falle nicht der geringste Vorwurf. Er habe keineswegs in unrechtmäßiger Weise von der Waffe Gebrauch gemacht und die höhnische Form des Artikels lasse auch die Absicht der Beleidigung erkennen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Vandmann, plädierte für Freisprechung. Die Richtigkeit des Artikels sei bis auf einige Nebenfälle erwiesen. Es lag für den Gendarm gar kein Anlaß vor, gegen einen wehrlosen Menschen so vorzugehen, zumal noch siebzehn andere Gendarmen anwesend waren, sobald ein ernsthafter Widerstand, wenn er verübt worden wäre, auch ohne Waffengewalt zu überwinden gewesen sei. Auch die Behauptung des Gendarmen: "Zu was habe ich denn das Ding", war eine äußerst ungehörige. Keineswegs verdiene der Gendarm die besondere Anerkennung für sein Verhalten, die ihm der Staatsanwalt gezollt habe.

Das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe. Im Namen des Königs sind demnach die Säbelhiebe gegen einen Gestellungs-pflichtigen legalisiert worden. Ob das Gericht sich überlegt haben mag, wohin es führen muß, wenn in einem Staat diejenigen mit dem Säbel geschlagen werden, denen man genötigt ist, in Kürze Säbel anzuvertrauen? Aller Gäß, den die Handlung des Gendarmen naturgemäß auslösen mußte, wird durch ein solches Urteil hundertfach verstärkt auf den Militarismus selbst gelenkt, und auf den Staat, in dem solche Dinge möglich sind. Im Reichstage wird hierüber noch das gesagt werden, was sich hier nicht sagen läßt.

gerichtet. Die Zahl der Rettungsstationen blieb mit 128 unverändert; davon befinden sich 80 an der Ostsee und 48 an der Nordsee. 59 Stationen sind Doppelstationen mit Boot und Raletenapparat, 51 Boot- und 19 Raletenstationen. Die für den Dienst der Rettungsstationen bestimmten Fernsprecheinrichtungen sind erheblich vermehrt worden, insbesondere durch eine 54 Kilometer lange Leitung, die die Stationen Rintel, Wellneraggen, Rarfelbed und Kimmertal untereinander verbindet.

Vom Krossprinzen überfahren. Der Krossprinz hat am Sonnabend Nachmittag in Herzfelde mit seinem Automobil, das er selber lenkte, einen sechsjährigen Knaben überfahren. Der Knabe trug einen Schädelbruch davon und wurde in sehr bedenklichem Zustande in das Rübenschloffer Krankenhaus geschafft. Ein offizieller Bericht stellt diesen Vorfall folgendermaßen dar:

Sonnabend Nachmittag gegen 5 Uhr fuhr der Krossprinz durch die Hauptstraße in Herzfelde mit seinem Automobil, in dem sich noch mehrere Offiziere befanden. Der Krossprinz kam aus dem Wanderschlösschen und wollte nach Berlin fahren. Als das Auto in die Hauptstraße einbog, fuhr vor ihm ein Kohlenwagen, an den sich der sechs Jahre alte Sohn der in derselben Straße wohnenden Eheleute Zanter angehängt hatte. Der Krossprinz, der das Auto selbst lenkte, ließ die Handgelenke los, man sprang der Knabe von dem Wagen ab, kam aber dabei zu Fall und geriet unter die Räder des dicht dahinter folgenden Kraftwagens, trotzdem der Krossprinz, der den Knaben erst im allerletzten Moment sehen konnte, sofort stoppte, war es doch zu spät. Das Schicksal des Knaben wurde angefahren und erlitt einen Schädelbruch. Sofort sprang der Krossprinz ab und bemühte sich selbst um den schwerverletzten Knaben, der er nach dem etwa 1500 Meter entfernten Rübenschloffer Krankenhaus fahren ließ, während sein Adjutant die Eltern anrief und sie von dem traurigen Ereignis in Kenntnis setzte. Der Krossprinz begab sich dann nach dem Polizeibureau, wo er über eine Stunde verweilte, bis er schließlich aus dem Krankenhaus über das Befinden des Knaben erfuhr. Dem Vater des Knaben, der im Polizeibureau erschien, teilte der Krossprinz sein lebhaftes Bedauern über den Unfall mit und versprach, sich des Knaben anzunehmen. Das Befinden des kleinen

Zanter ist ernst. Am Abend soll sich der Zustand des Knaben gebessert haben.

Ob diese amtliche Darstellung ganz einwandfrei ist, wird die Untersuchung ergeben müssen. Zum mindesten wird in dieser Darstellung kein Wort davon gesagt, mit welcher Geschwindigkeit der Krossprinz fuhr.

Für ein Heine-Denkmal ist kein Platz. Der Hamburger Verleger Julius Campe, der das Korsner Heine-Denkmal erworben hat, bemüht sich vergeblich, einen Standort dafür zu erhalten. Der Hamburger Senat hat auf ein Schreiben Campes folgende Antwort erteilt:

Hamburg, den 1. September 1909.

Der Senat erteilt auf das Gesuch von Jul Campe den Bescheid, daß dem Gesuche um Ueberlassung eines geeigneten Platzes in den öffentlichen Anlagen behr's Aufstellung des vom Gesuchsteller angebotenen Heine-Denkmales nicht stattgegeben werden könne.

Preussische Unachtsamkeit in der "freien" Republik Hamburg. Die Toten von Rabbob. Die Anwesenheitsakten auf Zeche Rabbob sind jetzt in vollem Gange. Wie ein Telegramm aus Essen meldet, sind im Laufe dieser Woche wieder dreizehn Leichen geborgen worden, von denen eine an der Grubenlampe erkannt werden konnte. In den letzten Tagen ist mit der Entfaltung der dritten Sohle mit Kübeln begonnen worden. Am Samstag II wurde der Förderkorb, der sich im November zwischen der zweiten und dritten Sohle festgeklammert hatte, demontiert. Die Wiederherstellung der zweiten Sohle ist inzwischen vollendet worden, so daß in der nächsten Zeit mit der Kohlenförderung wieder begonnen werden kann.

Pastor Breithaupt's Ende? Es "verdient" wieder einmal, daß die Botschaften des Reiches, die der Kaiserwahlfeier in Berlin gut genug zur Unterbreitung ihrer Färbereizung erschienen war, ihren Besitzer Pastor Breithaupt doch noch loswerden sollte. Der Breithaupt wird, so wird gemeldet, seinen Posten zum Oktober verlassen und durch einen Nachfolger ersetzt werden, nach dem man schon Umschau hatte. Warum wir es, ob es wirklich noch dazu kommen wird. Sollte in der Zeit die Breithaupt'sche erledigt werden, so wäre das allerdings kein Verdienst des Magistrate der Ministerialrat Berlin. Erst spät hat er sich dazu bereitgefunden, diesen Posten zu übernehmen. Nach in der jüngsten Stadterordneten-Ver-

sammlung taten die Redner des Magistrats das in einer Form, aus der deutlich genug das Bedauern sprach, den durch den "Vorwärts" zur Strecke gebrachten "angenehmen Menschen" Breithaupt nicht doch noch retten zu können.

Die Cholera in Ostpreußen. In Königsberg i. Pr. starb wie noch erinnerlich, im Juli der amerikanische Kaufmann Roger Whinfield an der Cholera. Jetzt werden zwei neue Fälle von Cholera in Ostpreußen berichtet. Ein Telegramm aus Königsberg meldet uns: In Polalla, Kreis Heydekrug, sind zwei Cholerafälle bakteriologisch festgestellt worden. Eine Person ist bereits gestorben. Die andere ist isoliert. Von Seiten der Behörden sind alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Ein bitterer Witz. Dieser Tage fand in Köln, wie die "Frankf. Ztg." erzählt, ein Aufseher im Historischen Museum in der Johannistorburg in einer Fensterische einen Pappedel, auf dem fein säuberlich mit gelben Seidenbändern eine Zigarre, ein Streichholz, eine Kaffeetasse und ein Stück Zucker befestigt waren mit der Aufschrift: "Ab 1. 8. 09 für gewöhnliche Sterbliche unrettbar. Gewidmet dem Historischen Museum."

Der richtige Ton. Dieser Tage fand in Köln, wie die zeitgemäße Beschwerde: Sehr geehrte Redaktion (Ich habe bittere Klage zu führen. Man spricht viel von mir, ich bin im Munde aller Leute. Es oft von Juppelin oder Farfidal, von Kraftwagen oder Benzinbooten gesprochen wird, kommt die Rede auch auf mich ohne den wahren Hintergrund zum Stillstand und zur Ohnmacht verurteilt wären. Aber der Ton, in dem man von mir spricht, ist nicht der richtige. Er ist sogar beleidigend, denn man geht mit mir um, als sei ich irgend "ein Tor". Und doch bin ich das ebensowenig, wie etwa ein Doktor, Rektor, Kantor, Pastor oder Faktor. Ich wünsche wie diese ehrenwerten Kollegen mit aller Entschiedenheit auf der ersten Silbe betont zu werden. Meine lateinische Vergangenheit gibt mir das selbe Anrecht darauf wie jenen. Aber man behandelt mich schlecht; wenn ich hören muß, wie man von mir als dem "Moloch" spricht, so drehen sich mir die Räder im Leibe herum. Jahrelang habe ich getragene, aber so mancher Defekt legte Zeugnis davon ab, was ich litt. Nun ist genug. Ich werde jetzt alle meine Säbel in Bewegung setzen, um mein gutes Recht zu erkämpfen. Helfen Sie mir dazu durch die Verbreitung dieser Zeilen, ich habe sie mit meinem Herzblut geschrieben... Hochachtungsvoll und ergebenst

Eine oberflächliche Polizeikritik bildete am Sonnabend den Gegenstand einer Anklage wider Genossen Wolff als verantwortlichen Redakteur unseres Blattes. Am Vorabend des Bußtages im November v. J. fand in einem Saale in Domb eine Hochzeitsfeier statt. Alles ging in fröhlicher Weise vor sich, bis um 6 Uhr Abends beriet der dortige Polizeiwachtmeister Vollmüller in das Lokal trat, seinen Säbel zog und den Anwesenden den „Befehl“ gab, sofort das Lokal zu verlassen. Die Veranstalter der Feier begaben sich darauf zum Amtsvorsteher und dieser erklärte ihnen, daß er garnicht daran denke, der weiteren Abhaltung der Feierlichkeiten Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Der Beamte habe keinen Auftrag, sich um die Hochzeitsgesellschaft zu kümmern, und sei zu Unrecht in den Saal eingedrungen. Tatsächlich ist dann bis nach 9 Uhr weiter getanzelt worden. Durch die Kritik fühlte sich Vollmüller beleidigt und stellte Strafantrag. Seine vorgesezte Dienstbehörde hatte sich dem Strafantrage nicht angeschlossen. Die Verhandlung ergab, daß der Wirt gegen 6 Uhr der Musik das Weiterspielen untersagt hatte, nachdem Vollmüller ihn darauf aufmerksam gemacht, daß nach einer Polizeiverordnung am Abend vor dem Bußtage Tanzmusik nicht stattfinden dürfen. Mehrere Teilnehmer, die hiervon nichts wußten, hatten den Gastwirt umringt, ihn mit Fragen besührt, warum er denn eigentlich nicht weiter spielen lasse und ihn ersucht, doch dieses Verbot zurückzunehmen. Die Wirtin, die den Vorfall von außen beobachtete, nur die Leute um ihren Mann versammelt sah und von den Reden nichts hörte, glaubte ihren Mann in Gefahr und ersuchte deshalb den Beamten in den Saal zu gehen. Diesem Ersuchen war er dann in der geschilderten Weise nachgekommen.

Der Staatsanwalt vertrat in seinem Plädoyer die Auffassung, der Beamte habe sich in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden, in dem Bericht über aber ein Mißbrauch seiner Amtsgewalt zum Vorwurf gemacht. Er behauptete, es habe eine Woche Gesängnis.

Rechtsanwalt Wandmann plädierte für Freisprechung. Die fragliche Polizeiverordnung könne wohl auf geschlossene Vergnügungen ebenso angewandt werden, wie auf öffentliche, hier handelte es sich aber lediglich um eine Familienfeier, über die der Beamte nichts zu sagen hatte. Und selbst, von der Wirtin in das Lokal geschickt, hatte er sich erst zu vergewissern, was eigentlich vorlag, ehe er Maßnahmen ergriff. Den Säbel durfte er erst ziehen, wenn er selbst in Gefahr gekommen wäre oder auf andere Art die Ordnung nicht hätte aufrecht erhalten können. Keinen Menschen, auch den Richtern nicht, würde es gefallen, wenn sie an einer fröhlichen Hochzeitsfeier beteiligt seien, und es käme ein Polizist ins Lokal und benehme sich so, als habe er einen Straßentumult vor sich.

Das Gericht nahm zwar an, daß der Beamte sich in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden habe. Er habe nicht etwa bloß den Bramarbas gespielt und seinen Säbel gezogen, um zu zeigen, was er konnte. Der Fall liege aber so, daß eine Gefängnisstrafe nicht angebracht sei. Es wurde auf 50 Mark Geldstrafe erkannt.

Ueber den Kampf in Schweden gab gestern der Reichstagsabgeordnete Genosse Lindblad aus Götting (Schweden) den Besuchern der Volksversammlung im Saale des Gewerkschaftshauses ein anschauliches Bild. Es war dies die zweite Versammlung, in der es der Breslauer Arbeiterschaft veranlaßt war, einen ausländischen Genossen bei sich zu empfangen und die Tagesordnung war besonders dazu angelegt, den internationalen Gesühlen Ausdruck zu geben, von denen die Arbeiterwelt befeelt ist. An derselben Stelle, an der vor wenigen Jahren das Problem des Massenstreiks zuerst theoretisch erörtert wurde, konnte nun dieses Kampfmittel in seiner praktischen Wirkung vorgeführt werden. Der Besuch der Versammlung war ein entsprechend starker. Saal und Galerie waren dicht besetzt.

Genosse Lindblad überbrachte die Grüße der schwedischen Kämpfer. Die Unterstützung, die ihnen aus aller Welt und insbesondere aus Deutschland bisher zuteil wurde, zeigt am besten, daß das internationale Bewußtsein der Arbeiter nicht nur ein leeres Wort ist. Die schwedischen Arbeiter haben sich aber auch der Sympathien ihrer Brüder in allen Ländern wohl verdient gemacht. Bis vor 30 oder 40 Jahren war Schweden überwiegend Bauernland. In den letzten 20 Jahren hat es eine äußerst rasche industrielle Entwicklung durchgemacht, die durch die reichen Naturkräfte und ausländisches Kapital ermöglicht wurde. In dem Lande, das 5 1/2 Millionen Einwohner zählt, leben jetzt 100.000 Industriearbeiter. Vier Wochen lang standen 70 Prozent von diesen im Streik, der jetzt nach sieben Wochen noch 150.000 Arbeiter umfaßt. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte es erscheinen, als ob ein Lohnstreik ein zu geringfügiger Anlaß zu einem solchen Kampfe sei. Bei verschiedenen Arbeitern betrug dieser Lohnstreik aber 200 bis 300 Mark im Jahre. Auch muß der Kampf gesehen werden im Zusammenhang einer dreißigjährigen Entwicklung. Nicht wenig Kämpfe mußten in Schweden geführt werden, um das Koalitionsrecht zu bewahren. Theoretisch ist es zwar immer anerkannt worden, praktisch hat man es aber stets bekämpft. Das wurde erst anders, als die Unternehmer sich gleichfalls organisierten. Von den drei schwedischen Arbeitgeber-Organisationen ist die mächtigste der Arbeitgeberverein der Großindustriellen, der den Klassenkampf provoziert hat. Schon früher drohte man mit Ausperrungen, und nur der Friedensstiche der Arbeiter und dem Zwangsankreten der Regierung ist es zu verdanken, wenn es nicht früher schon zu einem solchen Kampfe kam. Die Unternehmer konnten sich aber nicht darüber beruhigen, daß es nicht zur Schlacht kam. Die beginnende Krise schien ihnen Hoffnungen auf Beförderung der Arbeiterorganisationen zu gönnen. Es wurden also eine Anzahl kleiner Konflikte gesammelt und man trat dann an die Arbeiter-Organisationen heran und verlangte, daß diese Konflikte ganz im Sinne der Unternehmer erledigt würden. Diese Zumutung war nicht zu erfüllen und so kam es zunächst zur Ausperrung in den Zellulosebetrieben und der Konfektion, der bald die Arbeiter in allen Betrieben folgen sollten, deren Inhaber dem Arbeitgeberverbande angehörten. Am 13. und 26. Juli und 2. August wurden insgesamt 80.000 Arbeiter auf die Straße gesetzt.

Aber es ist nicht nur das Ringen um bessere Arbeitsbedingungen, in dem die Unzufriedenheit der Arbeiter zum Ausdruck kommt. Mehr als zwanzig Jahre haben die schwedischen Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht gekämpft, und auch für dieses sind sie im Jahre 1902 in den politischen Massenstreik eingetreten. Sie haben dabei ihren unbegrenzten Willen kundgetan, ihre politische Rechtfertigung abzuschütteln. 120.000 Mann gingen damals auf drei Tage aus den Fabriken heraus, um zu zeigen, daß es ihnen wirklich ernst war mit der Erringung des allgemeinen Wahlrechts. Die herrschenden Klassen in Schweden haben den Arbeitern nicht nur von jeder alle

Rechte zu verweigern gesucht, sie stehen diese auch die Werten ihrer Herrschaft tragen in Form von hohen Zöllen auf Lebensmittel. Dadurch wurden die Arbeiter zu den Lohnforderungen gezwungen, über die man sich jetzt aufhält. Auch die Strafgesetze hat man zu Ungunsten der Arbeiter geändert. Wer einem Arbeitswilligen zurecht, mit in einen Streik zu treten, wird mit Zuchthaus bis zu zwei Jahren bestraft. (Stürmische Zustimmung.) Bei dem gegenwärtigen Klassenkampfe wird dieses Gesetz in sehr ausgiebigem Maße angewendet. Die Ausgabens für den Militarismus sind in Schweden bergleichsweise noch höher, als in anderen Ländern. Unterhalten wird der Militarismus durch Zölle, die den Konsum belasten. So ist der Arbeiter bisher auch politisch ausgebeutet worden und dadurch ist die soziale Spannung entstanden, die den gegenwärtigen Kampf auslöst.

Die Arbeiter-Organisationen haben den Kampf nicht getötet, es blieb ihnen aber nichts übrig, als offener Kampf, oder völlige Unterwerfung. Der schwedische Arbeiter aber ist kein Sklave und will sich nicht als solcher behandeln lassen. (Bravo!) Und so traten Organisierte wie Unorganisierte in den Kampf ein. Vier Wochen lang standen 270.000 Mann im Streik, obwohl ihnen von vornherein gesagt worden war, daß sie keinerlei Aussicht auf Unterstützung hätten. Erst in der sechsten Woche haben die Arbeitgeber sich von ihnen eine Unterstützung erhalten, etwa 3,30 Mark für die Woche.

Ein solches Massenaufgebot der Arbeiter hatten die Unternehmer nicht erwartet und der Kampf wäre längst beendet, wenn die schlechte Geschäftslage nicht gerade den ärgsten Schachmachern zu Hilfe käme. Die übrigen Unternehmer sind durch so hohe Konventionen gezwungen, daß sie wirtschaftlich zu Grunde gehen müßten, wollten sie während des Kampfes aus dem Verein austreten. So wurde bei der Wänerausperrung im Jahre 1902 ein Wänermeister gerichtlich zur Zahlung einer Konventionalstrafe von 13.125 Kronen verurteilt, der die Forderungen der Arbeiter anerkannt hatte. Aus dem gleichen Grunde mußte im Jahre 1903 ein Unternehmer aus der Metallindustrie 80.000 Kronen an den Arbeitgeberverein zahlen.

Die konservative Regierung hat bisher auf Seiten der Unternehmer gestanden und ebenso die gesamte bürgerliche Presse, soweit sie erscheinen konnte. Man schreibt, die Arbeiter führten einen Kampf gegen die Gesellschaft, über die Ausperrung aber schreiben sie kein Wort. Die Arbeiter haben deshalb über diese Presse den Vorkauf verhängt. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sagen sich: Wenn diese Presse uns in der Gefahr nicht beisteht, kann sie uns auch sonst nichts nützen. Die ganze bürgerliche Welt steht den kämpfenden Arbeitern als geeinte reaktionäre Masse gegenüber. Die Arbeiter sind gänzlich auf sich selbst angewiesen und auf ihre ausländischen Klassengenossen. Zu Dank fühlen wir uns deshalb verpflichtet für die materielle Unterstützung durch die ausländischen Arbeiter und für die mildernde Behandlung unseres Kampfes in der ausländischen Parteipresse, besonders der deutschen.

Rebner bespricht dann die Schritte, die seitens der Regierung namentlich zur Beilegung des Kampfes eingeleitet worden sind, und die bisher zu einer Einklärung des Kampfes geführt haben. Bei der auf beiden Seiten herrschenden Erbitterung stürften die Einigungsverhandlungen sich auf eine längere Zeit erstreckten. Die noch im Kampfe stehenden 150.000 Arbeiter müssen so lange den Vertrieben ferngehalten werden, bis die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wenn der Erfolg des Kampfes nicht zweifelhaft werden soll. (Beifall.) Wenn der Kampf auch den Arbeitern täglich harte Wunden schlug und noch schlägt, so macht er sich doch den Unternehmern nicht weniger fühlbar. Und auch der Staat büßt nicht wenig ein. In Böden und Brauntreibereien hat der Staat allein im Monat August vier Millionen weniger eingestellt und 300 Güterzüge hatten nichts zu befördern.

Ist der Kampf aber einmal beendet, so wird seine Geschichte eine Fundgrube sein für alle, die um Freiheit ringen. Der schwedische Massenstreik beruht auf einer starken gewerkschaftlichen Organisation und auf dem Klassenbewußtsein der Arbeiter. Nur deshalb war es möglich, ihn im Gegensatz zu anderen Generallstreiks so lange aufrecht zu erhalten, bis er Nutzen brachte. Ueber die musterhafte Ruhe und Ordnung und über den unbegrenzten Willen der Streikenden brauche ich nicht besonders zu berichten. Viel hierzu beigetragen hat die gänzliche Entlassung in bezug auf geistige Betränte. Während des ganzen Streiks hat man nicht einen einzigen Betrunknen gesehen (Bravo!) und die Polizei hat nie so viel Ruhe gehabt als jetzt. (Seitertzeit.)

Viel Vertrauen ist auf die Regierung nicht zu setzen. Die Regierung hat die Kommission aufgelöst, die im vorigen Jahre gebildet wurde, um die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern auszugleichen. Sie will nun selbst einen Gesetzentwurf ausarbeiten. Was dabei herauskommen wird, wo dem Liberalismus der Schred in allen Gliedern steht, bleibt abzuwarten. Vielleicht wird der rein wirtschaftliche Kampf nur abgeloöst werden durch den Massenstreik zur Wahrung politischer Rechte! Sollten die schwedischen Arbeiter aber einen solchen Kampf führen müssen, dann werden sie ihn so führen, daß sie sich vor den Arbeitern der anderen Länder nicht zu schämen brauchen. (Lebhafte Zustimmung.) Nur die bitterste Not könnte die noch im Kampfe stehenden 150.000 Arbeiter zwingen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Aber sie sind eines besseren Wertes, als geschlagen zu werden. Deshalb bitte ich Sie, fortzufahren in der Hilfeleistung gegenüber einer kämpfenden Kolonne aus der internationalen Arbeiterarmee! (Stürmischer Beifall.)

Von einer Diskussion wurde abgesehen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 19. September im Saale des Gewerkschaftshauses tagende, von etwa 1800 Personen besuchte Versammlung spricht nach den Ausführungen des Genossen Lindblad ihren kämpfenden Brüdern in Schweden erneut ihre vollste Sympathie aus. Die Versammelten versprechen, nach besten Kräften dahin zu wirken, daß aus Mangel an Mitteln der Kampf vor Erringung des endgültigen Sieges der Arbeiterschaft nicht abgebrochen zu werden braucht.“

Genosse Grunew als Vorsitzender forderte die Versammelten noch auf, im Geiste der schwedischen Kämpfer zu arbeiten, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken, die gegenrassistische Presse gleichfalls nicht mehr länger zu unterstützen, und mahnte zu weiteren Sammlungen für die kämpfenden. Er schloß die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Reform im Eisenbahnverkehr. Ein Freund unseres Blattes schreibt uns: Die Schnellzüge der preussischen Staatsbahnen führen nur Wagen erster bis dritter Klasse, was wohl damit begründet wird, daß beratige Züge für das bessere Reisepublikum bestimmt sind. Dem weniger bemittelten Mann bleibt daher nichts anderes übrig, als mit solchen Zügen zu reisen, die auch Wagen vierter Klasse führen, und das sind Personenzüge. Nehmen wir als Beispiel eine Eisenbahnstrecke, die am meisten benutzt wird und das dürfte wohl die Breslau-Berlin sein. Während der vordemige Mann, dem es die Mittel gefalteten, sein Einzelbett in fünf und einer halben Stunde erreichen kann, muß derjenige, der nicht über den geringenden Mammon verfügt, fast zehn Stunden ausharren. Es wäre doch leicht möglich, den Schnellzügen einen Wagen vierter Klasse anzuhängen, und zum Nachteil der Direktion dürfte es wohl nicht sein, da einmal die ewig langen und meist überfüllten Personenzüge eine ganz gewaltige Entlastung erfahren würden und für Schnellzugfahrern vierter Klasse auch ein Platztag erhoben werden könnte, den der Reisende gern tragen würde. Da die Wagen vierter Klasse nicht Durchgangswagen sind, so hätte das sogenannte bessere Publikum nichts zu fürchten, etwa mit einem Passagier vierter Klasse zusammenzufallen und der Lokomotive ist es einleuchtend, ob sie den oder einen Wagen befördert. Was wäre das für ein glücklicher Schritt vorwärts in unserm sozialen Leben und dem wenig bemittelten Mann die Möglichkeit gegeben, schneller zu seinem Ziele zu gelangen und somit viel vom Jahresmasse zu sparen. Solchen Anregungen ist das preussische Interparlament natürlich nicht zugänglich. Der arme Mann im Schnellzuge, welcher der arme Mann soll an seiner Scholle stehen bleiben. Man muß ihm die Freigabe, wenn man sie ihm schon nicht ganz nehmen kann, dann wenigstens so viel wie möglich erschweren. Das wird nicht eher anders werden, als die Junker aus dem preussischen Landtage hinausgeworfen sind.

„Die christlichen Gewerkschaften, das Zentrum und die neuen Stenerer“ lautete das Thema über das am Sonntag Nachmittag Genosse Th. Müller in Sachwitz referierte. Zahlreich hatten sich die Landbewohner zu dieser Versammlung eingefunden, die im Garten des Herrn Postinspektors Klauer stattfand. Der Saal so freibare Plätze in Sachwitz, der dort erst kürzlich eine Ortsgruppe des katholischen Arbeitervereins gegründet hatte, war leider nicht erschienen, doch mancher seiner Gläubigen war gekommen. Genosse Müller ging mit den christlichen Gewerkschaften scharf ins Gericht und unterzog auch die Ständen des Zentrums einer eingehenden Kritik, dessen Mitteln beim Stenererausbruch gleichgültig. Reicher Beifall belohnte den Redner für seine Ausführungen. Gegenwärtig meldest sich nicht zum Wort. Nach einem kernigen Schlusswort des Genossen A. Witsche trat der Schluss der interessanten Versammlung ein.

Unteroffizier und Musketier. Am 1. August stellte der Unteroffizier S. Schmitz vom Grenadier-Regiment Nr. 11 der Musketier W. Klafsch vom Infanterie-Regiment Nr. 51 wegen Nichterscheinens im Kasernenlokal in Böhlowitz und Rede. Er nannte ihn Müpel, packte ihn an der Brust, schlug ihm eine Ohrfeige und brückte ihn ans dem Lokal hinaus. Der stark angegriffene Musketier, dadurch gereizt, packte den Vorgesetzten ebenfalls und schlug ihn nieder. Kameraden und Zivilisten trennten die beiden. Man ging der Unteroffizier dem Mann nach und schlug ihn abermals. Der Wirtschaft-Unteroffizier Menzel befehl dem Musketier, das Gasthaus zu verlassen. Klafsch tat das aber nicht, befehlte den Unteroffizier zu sich schuldverleugende Rede aus. In die Kaserne gebracht, entsetzte er sich aus ihr. Vor dem Kriegsgericht standen nun der Unteroffizier wegen Nichterhandlung und verschriftsührender Behandlung, der Musketier wegen tätlichen Angriffs etc. Das Gericht erkannte gegen den Vorgesetzten auf zwei Monate, gegen den Soldaten auf sechs Monate Gefängnis. Für den Unteroffizier, der wissen mußte, daß er den Mann nicht angreifen durfte, habe es ein Urteil vorgelegen, zu schlagen. Er habe sich ganz unglücklich benommen und den Mann gereizt, auch tatlich zu werden. Und trotzdem: der Musketier zehn Monate und der Unteroffizier nur zwei!

Der Ballon „Windbraut“, der am gestrigen Sonntag um 11 1/2 Uhr in Glogau aufstieg, landete um 4 Uhr 20 Minuten bei Jaroschowa in der Nähe von Gohyn. Ueber die Landung des „Windbraut“ ist noch nichts bekannt.

Die Eröffnung einer Breslauer Rollschuhbahn. Das Verbot der Firma Wiehle und Regel, Palmstraße 23, ist auf Veranlassung des Breslauer Rollschuhclubs, der erst in diesem Sommer ins Leben trat, in eine öffentliche Rollschuhbahn verwandelt und am Sonnabend Abend eröffnet worden.

Im Speichergebäude im Rübischen Hofen. Rummel ist ungefähr festgestellt worden, welchen Schaden der Brand angerichtet hat. Er ist auf 67.000 Mark berechnet worden. Ob dieser Schaden allein von der Versicherung getragen wird, bedarf noch der genaueren Prüfung.

Unfälle. In das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder wurden eingeliefert: ein reisender Handelsmann, der sich in der Absicht, Selbstmord zu begehen, aus dem Fenster des vierten Stockes eines Hauses der Klosterstraße herabstürzte; ein Schweizer aus Groß-Mosbern, der in eine Dängergabel getreten; ein Gärtner aus Dingen, der sich mit einer Sense geschnitten und ein Arbeiter aus Kriplan, der vom Wagen gestürzt war.

Der auch-sozialistische Monatskreis, die humoristische Parteitagzeitung, ist nicht mehr im Buchhandel zu haben. Wir machen den Interessenten hiermit die Mitteilung, um mündliche Befehle zu vermeiden.

Aus Schlesien und Posen.

Ueber die Sozialdemokratie darf nicht gesprochen werden!

Mit welcher Fürsorge sich eine Anzahl schlesischer Amtsvorsteher der heutigen Gesellschaft annimmt, und wie eifrig sie bemüht sind, dem Volke den wahren Grund der Steuerpländerung vorzuenthalten, haben wir in den letzten Wochen an zahlreichen Beispielen gezeigt. Heute ein neuer Fall: In Erdmannsdorf i. N. sollte am 12. September eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel stattfinden, in der über den Volksverrat im Reichstage gesprochen werden sollte. Der Versammlungsort muß wohl den gesetzlichen Anforderungen entsprechen haben, denn die Ablehnung der Genehmigung enthielt kein Wort davon, aber der Herr Amtsvorsteher schien nicht damit einverstanden zu sein, daß die Versammlung von Sozialdemokraten einberufen wurde. „Die Versammlung ist eine sozialdemokratische, und dazu erteile ich keine Genehmigung“, ließ er sich vernehmen. Weiter macht er darauf aufmerksam, daß, wenn doch die Versammlung abgehalten und über die Sozialdemokratie gesprochen werden würde, er die Versammlung durch den Wachtmeister auflösen lassen wolle.

Unsere Genossen ließen sich aber nicht einschüchtern. Sie wandten sich mit einer Beschwerde an den Landrat und hatten Erfolg. Die Versammlung wurde jetzt genehmigt, aber sie konnte nicht stattfinden. Inzwischen war es nämlich gelungen, die Bestreben, deren Mann als Vorarbeiter sein Verdienst, durch die Androhung seiner Entlassung so weit zu bringen, daß sie ihre Zusage zur Vergabe des Grundstücks zurückziehen mußte.

Das ist der neueste Fall der Unterdrückung von sozialdemokratischen Versammlungen. Siehen andere Mittel nicht mehr, so greift man zur Gehörhörung des Provinzbes, und der Erfolg ist bei den wirtschaftlich Abhängigen in den meisten Fällen sicher.

Fördert schon das Verhalten des Amtsvorstehers und seiner Freunde unsere Agitation, so wollen sich unsere Genossen die Gelegenheit nicht entgehen lassen, um diese ihrerseits recht kräftig zu unterstützen. Wer zuecht laßt, laßt auch seinen.

Neumarkt, 20. September. Die Petroletankampagne bei lebendigem Leibe verbrannt ist in Wilsdorf das Schweden der Schaffer Straußschen Familie. Es hatte von den Eltern ein Kasirag erhalten, vor der Rückkehr der Eltern den Ofen zu setzen. Um die Flamme anzufachen, gab das Kind Petroletankampagne in den Ofen. Eine unglückselige Flamme brachte die Petroletankampagne zur Explosion und die drei Kinder waren überhitzt die Stiege hinunter. Ueber und über...

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten
Wichtigste Nachrichten

Aus den Gerichtssälen.

Das Martyrium eines Kindes.
Die furchtbare Veldensgeschichte eines Kindes, die schon einmal das Berliner Landgericht I beschäftigt hatte, gelangte jetzt vor der Strafkammer in Potsdam zur nochmaligen Verhandlung, nachdem das Reichsgericht das erste Urteil, das letztendlich durch seine Milde großes Aufsehen erregt hatte, auf die Revision der Staatsanwaltschaft aufgehoben hatte. Die nochmalige Verhandlung wurde vom Reichsgericht nicht, wie es sonst üblich ist, der Vorinstanz oder einem anderen Berliner Gericht überwiesen, sondern der Strafkammer des Landgerichts in Potsdam.

Aus der Untersuchungshaft wurde die 28jährige Ehefrau Martha des Fabrikarbeiters Seidel vorgeführt. Neben ihr mußte sich der Ehemann Richard Seidel verantworten. Die Anklage gegen beide lautet auf Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge und einer das Leben gefährdenden Behandlung mit der erschwerenden Folge, daß der mißhandelte Knabe in Stockholm verstarb. Die beiden Angeklagten waren von der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts die Ehefrau auf einem Jahre neun Monaten, der Ehemann auf sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zu Grunde: Die Angeklagten heirateten im Jahre 1903. In die Ehe brachte die Frau einen zweijährigen Knaben Otto mit, der ihr nach der Geburt ihrer beiden ehelichen Kinder lästig wurde. Sie mißhandelte das Kind in Gemeinschaft mit ihrem Manne in der grössten Weise, so daß es schließlich fast verstorben wurde und völlig abgemagert. Eines Tages bemerkte Hausbewohner, wie der Ehemann Seidel den kleinen Otto mehrere Male mit dem Kopf auf den Fußboden schlug, wobei er von der Frau nach zu weiteren Mißhandlungen aufgehetzt wurde. In einem anderen Tage sperrte Frau Seidel das Kind in die Kiste, wo es die ganze Nacht zubringen mußte. Der kleine Otto am nächsten Morgen diese blutunterlaufene Schwellen und Striemen an den Händen. Eine Frau Elsner sah auch einmal, wie der Ehemann Seidel den Knaben an der Brust packte, ihn hochhob und ihn mehrere Male mit dem Kopf gegen die Wand schlug, so daß sich die Augen schaudern abwandte. Durch fortgesetzte Schläge wurde das Kind schließlich so dreifach, daß es trotz der grössten Mißhandlungen nicht, einmal schreien oder weinen durfte. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben ergeben, daß das Kind noch an seinem Todestage geprügelt worden war. Am 6. Februar vorigen Jahres, dem Todestage des Kindes, wurde die Ehefrau von einer Frau Dippe besucht. Der kleine Otto sah ganz verstorben und leblos auf dem Fußboden und blühte wie geistesabwesend umher. Gegen 2 Uhr holte die Angeklagte Frau Dippe mit dem Bemerkten, daß der Knabe „krämpfe“ habe. Frau Dippe sah sofort, daß der Knabe dem Tode nahe war und forderte die Angeklagte auf, sofort einen Arzt zu holen. Am demselben Tage gegen 10 Uhr Abends erschien der Ehemann Seidel bei dem praktischen Arzt Dr. Ely und bat ihn, zu seinem sechsjährigen Knaben zu kommen. Er äußerte dabei: „Ich habe das Kind vor zehn Minuten geprügelt.“ In der Wohnung konstatierte der Arzt, daß das Kind seit mindestens sechs Stunden tot war, so daß der Vater nach seiner eigenen Angabe sogar noch auf die Leiche eingeschlagen hatte. Die Leiche selbst bot einen entsetzlichen Anblick. Der zum Sektret abgemagerte Körper war über und über mit Striemen bedeckt. Überall befanden sich tiefe, blutrinne Stellen, blaue Flecke und Wunden, von denen selbst Kopf und Hals nicht verschont geblieben waren. Dr. Ely erstattete noch am selben Abend Strafanzeige. Die Folge war, daß die Angeklagten einige Tage darauf verhaftet, aber bald wieder aus der Haft entlassen wurden. Erst das Kammergericht ordnete später die Wiederhaftung der Ehefrau an, während sich der Ehemann nach wie vor auf freiem Fuß befindet. In der erneuten Verhandlung bestritt die Angeklagte die Verurteilung, sich einer Mißhandlung ihres verstorbenen Kindes schuldig gemacht zu haben und behauptete, stets nur mit einer dünnen Rute geschlagen zu haben. Das Kind habe oft Schläge verdient, da es sehr häufig unsauber war und sich lästig benahm.

In später Nachmittagsstunde wurde das Urteil gegen die Angeklagten gefällt. Der Gerichtshof sah die Mißhandlungen, durch die der Tod des Kindes herbeigeführt wurde, als erwiesenen an und verurteilte Frau Seidel zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Der Ehemann Seidel erhielt ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust.

Briefkasten.
Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12-1 Uhr Mittags.
Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
S. A. Sanges. Verschluss hat keine landwirtschaftlichen Schulen; dagegen gibt es an der Universität Breslau einige landwirtschaftliche Institute.
S. A. Berlinersfrage. Das Testament ist nicht richtig abgefasst; wenden Sie sich an das Arbeiter-Sekretariat.
S. Weisheit. Gegen die Verurteilung ist heute nichts mehr zu machen. Ein Wiederannahme-Verfahren kann nicht eingeleitet werden.
H. A. John gehörte der Reichsleitung der Eisenbahner des deutschen Transportarbeiterverbandes, also einer freien Gewerkschaft an und wurde, der John benutzte, in Dirsch-Dundorf-Gewerkschaften.

Arbeiterbewegung.

Kampfegeist amerikanischer Gewerkschaften. Auf der kürzlich in Paris abgehaltenen Internationalen Gewerkschaftskonferenz nahm bekanntlich auch die Frage des Uebertritts der ins Ausland gehenden Gewerkschaftsmitglieder in die dortigen Verbände einen breiten Raum ein. Es wurde — und mit Recht — lebhaft darüber Klage geführt, daß zureisenden Gewerkschaftsmitgliedern in England und Amerika viele Schwierigkeiten gemacht würden, wenn sie ihren Uebertritt in die zuständigen Organisationen vollziehen wollten.

Kam hat ja auch der Präsident der American Federation of Labour, Samuel Gompers, in einem kürzlich vor Berliner Arbeitern gehaltenen Vortrage erklärt, daß jeder Einwanderer, der nach Amerika komme und sich als Mitglied einer Gewerkschaft legitimieren könne, auch in den amerikanischen Gewerkschaften Aufnahme finde, und daß die amerikanischen Arbeiter in jedem Einwanderer, der nicht die Lage der Arbeiter verschlechtern will, und bereit ist, in ihren Reihen zu kämpfen, ihren Bruder sähen. — Ob dieser Ausspruch nun generell zutreffend ist, soll in den folgenden Zeilen näher untersucht werden.

Ein Berliner Denscher ging vor zirka drei Jahren nach Amerika, um sich dort als Hülfsarbeiter ein weiteres Fortkommen zu suchen. Er war in Deutschland eifriges Mitglied der sozialdemokratischen Partei und gehört heute zum Deutschen Arbeiterverband als Mitglied an. Jedemfalls ein Beweis dafür, daß es ihm um die Arbeiterorganisation bitter ernst ist. Dieser vollkommen einwandfreie Genosse berichtet nunmehr, daß es ihm nach langem, vergeblichem Bemühen erst jetzt, nach drei Jahren, gelungen ist, Mitglied der Union der Hülfsarbeiter in St. Louis zu werden. Und auch dies hatte er nur einem reinen Zufall zu verdanken. Nach den Mitteilungen dieses Genossen ist es das Hauptprinzip der Unionmänner von St. Louis, so wenig Mitglieder wie nur irgend möglich aufzunehmen. Die Hülfsarbeiter sind mit Zeit Arbeitsgelegenheit, dem Arbeiter, die der Union nicht angehören, sind außerhande, ergabte in St. Louis auf dauernde Arbeit zu rechnen. Ein Nicht-Union-Mann findet schon von vornherein selten Arbeit, weil der Meister, der ihn einstellt, damit auch das Risiko einer allgemeinen Arbeitseinstellung des Unorganisierten wegen auf seinem Bau übernimmt.

Auch der genannte Denscher hatte infolgedessen nur selten dauernde Beschäftigung und ging deshalb bereits ernstlich mit dem Plane um, den „göttlichen“ Gesetzen St. Louis wieder den Rücken zu kehren, als ihn ein Meister in Arbeit nahm, der eine besondere Hülfsarbeit (Zementarbeiten) zu machen hatte, mit der die hiesigen Unionisten nicht gut fertig werden konnten. Der Genosse aber, der als gelernter Denscher verstand, mit Hammer und Hammer umzugehen, war in der Lage, diese Arbeit zur Zufriedenheit des Meisters zu verrichten. Die Unionisten teilten den Genossen aber auf dem Bau bald zur Weile und erachteten ihn, die Arbeit einzustellen. Als er nun wieder seine Bereitwilligkeit erklärte, die Mitgliedschaft bei der Union zu erwerben, wurde er zur Bestätigung geladen. Aber auch jetzt noch mußte er drei Bestätigungen einholen — selbst hatte er als Nichtmitglied zu dieser Zeit Zutritt — ehe er endlich aufgenommen wurde. Ja, er erhielt vorher eines Tages nochmals die kategorische Aufforderung, den Bau zu verlassen. Ein Arbeitgeber jedoch sorgte nunmehr dafür, daß er immer allen auf dem Bau zu arbeiten hatte, und nun erst freuten die Unionmänner die Waffen und nahmen den Genossen in ihre Gewerkschaft auf. Sie verlangten aber von ihm 100 Dollar Eintrittsgeld, als noch heutigen Tage circa 400 Mark! Der Genosse erklärte sich (wie schon oben erwähnt, daß er noch heute Mitglied des Deutschen Arbeiterverbandes ist) auch hierzu bereit und hat auch bereits 25 Dollar als Anzahlung erlegt. Er darf aber auch jetzt trotz der Mitgliedschaft nicht eher an den Bestätigungen der Union teilnehmen, als die 100 Dollar Einzahlung erlegt hat und den letzten Rest bezahlt hat.